

Haushalt 2015: Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushalts

Gesamtstädtische Vorschläge | Top 75

Inhaltsverzeichnis:

1. Übersicht gebündelt nach Themenbereichen (S. 2 bis 4)
2. Vorschläge, bei denen die erstmalige Vorberatung in die Zuständigkeit des FPA fällt bzw. sonstige Vorschläge, über die keine Vorberatung durch einen Fachausschuss erfolgt ist (S. 5 bis 17)
3. Einzelauflistung aller Vorschläge der Bewertung nach sortiert (S. 18 bis 94)

Übersicht: Top 75

Rang- folge	Thema / Titel	Finanzwirksamkeit		Kosten				Abstimmungs- ergebnis		Korrespondierende Fraktionsanträge
		Finanz- wirksam	Finanzun- wirksam	einmalig		lfd.		ange- nommen	abgelehnt	
				2015	2016 ff	2015	2016 ff			
Ringgleis										
1	Ringgleis schließen	x		50.000 €	3.450.000 €			x		Nr. 144 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nr. 63 (SPD) finanzunwirksam
52	Ausbau des nordöstlichen Ringgleises	x						x		
Fahrradwege sanieren										
4	Fahrradwege verbessern	x						passiert		Nr. 146 (SPD) 100.000 € für 2015
6	Bessere Radwege für Braunschweig - Radwegekonzept erstellen	x						passiert		
9	Sanierung der Radwege	x						passiert		
14	Radwege sanieren - Hagenring, Altwiekring	x						passiert		
26	Radwegbudget verdoppeln	x				250.000 €	750.000 €	passiert		
37	Viel genutzte Radwege befestigen	x						passiert		
40	Radweg Braunschweiger Straße sanieren	x		130.000 €				passiert		
47	Radwege verdoppeln [inhaltsgleich mit Nr. 26]	x						passiert		
Fahrradabstellanlagen										
8	Mehr Fahrradständer in Braunschweig errichten	x						passiert		Nr. 147 (SPD) 50.000 € für 2015
15	Fahrradabstellanlagen	x				50.000 €	150.000 €	passiert		
10	Fahrradparkplätze am Bahnhof errichten - Vor dem Bahnhof und am Südausgang	x		100.000 €				passiert		Nr. 66 (SPD) finanzunwirksam Nr. 173 (CDU) finanzunwirksam (Nr. 152 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 100.000 € für 2015 - abgelehnt)
17	Fahrradschrott entfernen und Fahrradständer am Bohlweg bauen	x						passiert		
53	Fahrradständer Raffteichbad errichten	x		7.500 €				FPA, 29.01.2015		
Sonstiges mit Fahrrädern										
5	Fahrradfreundlichkeit verbessern	x						passiert		
7	Verbesserung der Radstation am Hauptbahnhof	x						passiert		
13	Radschnellweg Braunschweig-Wolfenbüttel erstellen	x						passiert		
19	Radverkehr nach dem Nationalen Radverkehrsplan finanziell ausstatten		x					passiert		
21	Räumung der Radwege von Schnee und Scherben sicher stellen		x					passiert		
22	Kastanienallee radverkehrsfreundlich umbauen	x		72.000 €	136.000 €			passiert		
24	Konsequente Orientierung zum Fahrrad als Hauptverkehrsmittel neben dem ÖPNV in Braunschweig	x						passiert		
25	Sichere Fahrradstraßen schaffen		x					passiert		
28	Radfahrweg Braunschweig-Mascherode Salzdahlum		x					passiert		
34	Umbau zur Fahrradstadt	x						passiert		
45	Fahrradfahrerrechte in der Südstraße besser kenntlich machen		x					passiert		
Ampeln										
18	Intelligente Ampeln für Braunschweig!	x		30.000 €				passiert		
30	Ampelschaltung für Fußgänger auf Berliner Straße verbessern	x		10.000 €				passiert		
44	Wartezeit an Fußgänger-Bedarfsampeln maximal 30 Sekunden		x					passiert		
48	Ampeln nachts ausschalten - Zum Beispiel am Ortseingang Dibbesdorf		x					passiert		
56	Überprüfung der Länge von Grünphasen an Fußgängerampeln		x					passiert		
60	Grüne Welle für Radfahrer, insbesondere auf dem Ring		x					passiert		

Rang- folge	Thema / Titel	Finanzwirksamkeit		Kosten				Abstimmungs- ergebnis		Korrespondierende Fraktionsanträge
		Finanz- wirksam	Finanzun- wirksam	einmalig		lfd.		ange- nommen	abgelehnt	
				2015	2016 ff	2015	2016 ff			
Toiletten										
23	Öffentliche Toiletten am Heidbergsee und in den Braunschweiger Parks einrichten!	x		115.000 €						Durch den GA nicht abgestimmt
27	Öffentliche Toiletten für Braunschweig - Mehr einrichten und sauberer halten	x								passiert
41	Zugänglichkeit zu öffentlichen Toiletten verbessern	x								passiert
73	Freundliche Toiletten - sympathische Stadt!	x							x	
Bänke / Parks										
43	Parks erhalten		x						x	
63	Mehr Freizeitgefühl schaffen durch mehr feste Bänke und Tische in Parks zum Picknicken	x								x
71	Mehr Bänke zum Ausruhen in der Innenstadt	x								passiert
Übrige Vorschläge										
Finanzwirksam										
3	Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen (ÖPNV) einführen	x								FPA, 29.01.2015
11	Sitzmöglichkeiten am Busbahnhof (ZOB) schaffen	x		400.000 €						passiert
20	Toiletten für den Zentralen Omnibus-Bahnhof (ZOB) bauen	x		40.000 €						passiert
32	Familien- oder Gruppentarif im Schwimmbad einführen	x								FPA, 29.01.2015
36	Kostenlose Kleiderkammer in Braunschweig wieder einführen	x		200.000 €		150.000 €	489.000 €			x
38	Freiraum für Musik	x								FPA, 29.01.2015
46	Abgesenkte Bordsteine an allen Fußgängerwegen schaffen	x		24.000 €						passiert
49	Eine Markthalle für Braunschweig	x								x
50	Braunschweig barrierefrei gestalten	x								passiert
55	Mehr Erzieher in Kindertagesstätten einstellen	x								1)
57	Walhalla Skatehalle unterstützen	x								passiert
58	Mülleimer an Spiel- und Bolzplätzen aufstellen	x								x
61	Zebrastrifen am Büldenweg einrichten	x		6.000 €						passiert
65	LED-Straßenbeleuchtung mit Solarenergie	x								passiert
66	Braunschweig von unten - eine Unterstadtführung	x							x	
72	ÖPNV - Gültigkeitszeitraum für Schüler-Wochenmarken ab Kaufdatum beginnen lassen									x
Finanzunwirksam										
12	Braunschweig gegen Fracking		x						x	
33	Protokollierung der Einwohnerfragen bei Bezirksratssitzungen		x							FPA, 29.01.2015
51	Prüfung aller positiv bewerteten Vorschläge des Bürgerhaushalts		x							FPA, 29.01.2015
59	Häufigere Busverbindungen in die Außenbezirke schaffen		x							FPA, 29.01.2015
70	Mehr Carsharing fördern		x							passiert
75	Verbot von "Drückerkolonnen" in der Innenstadt		x							passiert

1) Keine Abstimmung erfolgt; Der JHA nimmt den Appell zustimmend zur Kenntnis und verfolgt die Thematik im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter.

Rang- folge	Thema / Titel	Finanzwirksamkeit		Kosten				Abstimmungs- ergebnis		Korrespondierende Fraktionsanträge
		Finanz- wirksam	Finanzun- wirksam	einmalig		lfd.		ange- nommen	abgelehnt	
				2015	2016 ff	2015	2016 ff			
Bereits umgesetzte oder in Umsetzung befindliche Vorschläge										
2	Kein Geld für Schneeeaktionen des Stadtmarketing								erledigt	
16	Durchgängigen Oker-Fußweg schaffen							x		
29	Fuß- und Radwegverbindung vom Friedrich-Wilhelm-Platz zum Bürgerpark verbessern							x		
31	Schwimmbad Gliesmarode erhalten								erledigt	
39	Veranstaltungszentrum für Konzerte mittlerer Größe und Disco schaffen						5.000.000 €		2)	
42	Nachtverkehr bei Bussen und Bahnen wieder einführen								FPA, 29.01.2015	
54	Wildblumeninseln schaffen							x		
62	Radweg im Bürgerpark erneuern								passiert	
67	Behindertengerechte Straßengestaltung bei der Planung stärker berücksichtigen								passiert	
68	Mehr Grünflächen mit Bäumen und Bänken schaffen							x		
69	Bezahlbaren Wohnraum schaffen							x		
74	Aus Kaserne in Rautheim bezahlbare Wohnungen schaffen							x		
Nicht umsetzbare Vorschläge										
35	Kostenlose öffentliche Toiletten im Schloß einführen								FPA, 29.01.2015	
64	Wieder Hausmeister an jeder Schule einführen								x	

2) "Enthaltung" des AfKW unter Verweis auf den Beschluss des VA zum Entwicklungskonzept Soziokultur

Vorschläge, bei denen die erstmalige Vorberatung in die Zuständigkeit des FPA fällt bzw. sonstige Vorschläge, über die keine Vorberatung durch einen Fachausschuss erfolgt ist

3 Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen (ÖPNV) einführen

Vorschlags-Nr.: 853 Bewertung: + 1,34 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In allen größeren Städten gibt es im ÖPNV für kurze Fahrten einen Kurzstreckentarif. Nur in Braunschweig nicht. Selbst für kurze Strecken sind hohe Preise zu zahlen, so dass die Nutzung unattraktiv wird. Durch attraktivere Tarife werden mehr Kunden für den ÖPNV geworben, so dass nach kurzer Zeit trotz geringerer Preise zumindest gleich hohe Gesamteinnahmen erzielt werden.
Vgl. zu diesem Thema auch den Bericht in der "Braunschweiger Zeitung" vom 13.5.2014 mit weiteren Beispielen aus anderen Städten:<http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/Braunschweig/idee-zum-buerg...>

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt unterstellt, dass in allen größeren Städten Kurzstreckentickets angeboten werden. Deutschlandweit gibt es in vergleichbaren Städten wie Münster und Bremen teils das Angebot eines Kurzstreckentarifs, in anderen Städten wie Freiburg und Karlsruhe aber auch nicht. Als Alternative zur Kurzstrecke wurde in Braunschweig bewusst die 10-Fahrtenkarte mit dem seit 2008 nicht angehobenen Preis entwickelt. Durch die Zeitvariante von 90 Minuten für beliebig häufige Fahrten innerhalb des Stadtgebiets, kann man gerade auf kurzen Entfernungen den Abschnitt der Karte zum Preis von 1,80 € für die Hin- und Rückfahrt nutzen. Gleichzeitig werden die Verkaufsvorgänge damit gegenüber einer Kurzstrecke reduziert. Die Kunden nehmen diese Karte sehr gut an.
In Städten, die ein Kurzstreckentarif im Angebot haben, sind die Fahrkarten im Regeltarif dagegen meist deutlich teurer als in Braunschweig. Insofern ist die Entscheidung Pro oder Contra eines Kurzstreckentarifes nicht auf diese einzelne Fahrkarte bezogen, sondern wird Veränderungen im Gesamtsortiment nach sich ziehen, um die Tarifgerechtigkeit aufrecht zu halten und die wirtschaftlichen Effekte durch den abgesenkten Tarif im darstellbaren Rahmen zu halten.
Die Verkehrs-GmbH unterliegt als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Eine Einführung eines Kurzstreckentarifs in Stadtgebieten müsste in Abstimmung der Städte Wolfsburg, Goslar sowie der übrigen Landkreise des Verbandsgebietes erfolgen.
Aus Sicht der Verkehrs-GmbH ist die Einführung eines Kurzstreckentarifs nicht kostenneutral. Ein zu erwartender Neukundenanteil wird die Reduzierung der Einnahmen aus dem abgesenkten Fahrpreis für die jetzigen Kunden nicht kompensieren können und somit zum Anstieg des Defizitausgleichs durch die Stadt Braunschweig führen. Dies wurde durch eine exemplarische Berechnung festgestellt.
Derzeit nutzen rd. 1,4 Mio. Kunden den Einzelfahrschein im Stadttarif zu 2,10 €/Ticket, was einen Jahresumsatz von rd. 2,9 Mio.€ in 2013 ergab.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss					

23 Öffentliche Toiletten am Heidbergsee und in den Braunschweiger Parks einrichten!

Vorschlags-Nr.: 1218 Bewertung: + 1,14 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Liegewiesen um den Heidbergsee werden im Sommer täglich von hunderten Braunschweigern bevölkert, allerdings gibt es keine öffentlichen Toiletten in unmittelbarer Nähe. Dementsprechend werden die umliegenden Büsche als Behelfstoiletten benutzt. Dies ist weder für die Badegäste, noch für die Anwohner angenehm und die Natur nimmt Schaden. Es wäre wünschenswert, dass rund um die Liegeflächen Toilettenhäuser installiert werden. Dies gilt im Übrigen auch für die anderen Braunschweiger Parks!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 65

Auf dem Parkplatz, ein paar hundert Meter von der Liegewiese entfernt, ist im Jahre 2004 eine öffentliche Toilette aufgestellt worden. Die Herstellungskosten betragen damals ca. 90.000 €. Bei der Herstellung der Anlage hat sich die Anbindung an die Ver- und Entsorgungsleitungen ziemlich schwierig dargestellt.

Die Aufstellung einer ähnlichen Anlage näher zur Liegewiese wird heute ca. 115.000 € kosten (Preissteigerung). Die Anbindungsmöglichkeiten an die Ver- und Entsorgungsleitungen werden vermutlich noch schwieriger sein (Höhenunterschiede, Entfernung, eventuell Montage einer Hebeanlage) und kann den Gesamtaufwand verdoppeln.

Alternativlösung mobile Sanitäranlagen:

Die Anlagen können mit einem Frischwasser- und Schmutzwassertank ausgestattet werden. Solche Anlagen können gemietet werden (Miete pro Monat, Gesamt inkl. Tanks, ca. 650 €).

Die Kosten für die Aufstellung der Anlage (Gründung, Stromanschluss usw.) kommen noch hinzu.

Für das Betreiben der Anlage werden noch Kosten für Entleerung und Befüllung der Tanks anfallen. Erreichbarkeit des Standortes für Lastwagen muss gewährleistet werden.

Betriebskosten (Reinigung, Energie- und Versorgungskosten usw.) sind noch zu berücksichtigen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	115.000 €					115.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss	Keine Abstimmung erfolgt.				
Finanz- und Personalausschuss					

32 Familien- oder Gruppentarif im Schwimmbad einführen

Vorschlags-Nr.: 1306 Bewertung: + 1,06 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es ist nicht nur wichtig, dass Kinder Schwimmen lernen, sie müssen auch die Gelegenheit haben, das Schwimmen zu trainieren. Das fördert die Sicherheit, die Gesundheit und Bewegungsfreude. Mit Kindern regelmäßig schwimmen zu gehen, ist für kinderreiche Familien, auch wenn sie kein Anrecht auf den Braunschweig-Pass haben, eine Investition, erst recht in der neuen Wasserwelt. Hier muss eine für alle erschwingliche Lösung gefunden werden, was sicher auch die Besucherzahlen steigern würde.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Statt Familien- oder Gruppentariifen bietet die Stadtbad GmbH BonusCards (Sportbad Heidberg, BürgerBadePark, Sommerbad Bürgerpark, Sommerbad Raffteich) bzw. VIP-Transponder (Wasserwelt) an. Für beide gilt, dass sie nicht personengebunden sind und man mit mehreren Personen das Bad/die Sauna nutzen kann und Vergünstigungen beim Eintrittsentgelt bekommt: BonusCard 50 € = Bonus 10 %, 100 € = Bonus 15 %, 150 € = Bonus 20 %. VIP-Transponder 100 € = Rabatt 10 %, 200 € = Rabatt 15 %, 300 € = Rabatt 20 %.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss					

33 Protokollierung der Einwohnerfragen bei Bezirksratssitzungen

Vorschlags-Nr.: 1600 Bewertung: + 1,04 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Bei vielen Sitzungen der Stadtbezirksräte werden sogenannte Einwohnerfragestunden abgehalten, bei denen Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Stadtbezirks Fragen stellen können. Diese Fragen und vor allem die Antworten des Stadtbezirksrates finden sich leider nicht in den Protokollen der Sitzungen wieder. Daher können zum Einen die Fragenden später nicht direkt nachvollziehen, ob ihre Frage aufgenommen und gegebenenfalls weiter behandelt wurde. Zum Anderen können Außenstehende, die möglicherweise nicht anwesend waren, nicht erfahren, welche konkreten Fragen aus den Reihen der Einwohnerinnen und Einwohner kamen und wie sie seitens des Stadtbezirks verhandelt worden sind.

Daher rege ich an, auch die Inhalte der Einwohnerfragestunden zu protokollieren, gegebenenfalls stichpunktartig oder als Ergebnisprotokoll.

Dieses Vorgehen ist seitens der Geschäftsordnung vermutlich nicht vorgesehen und hat daher auch keinen rechtsbindenden Charakter. Es wird aber die unbürokratische Offenheit des jeweiligen Stadtbezirksrates für seine Einwohner zeigen und eindrucksvoll demonstrieren, dass die Fragen und Belange der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 10

Die Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen Stadtbezirks könnten entsprechend § 26 der Geschäftsordnung des Rates (GO) berechtigt werden, eine Frage zu einem Beratungsgegenstand oder zu einer anderen bezirklichen Angelegenheit spätestens bis 9:00 Uhr des letzten Arbeitstages vor der Bezirksratssitzung schriftlich der jeweils zuständigen Bezirksgeschäftsstelle zuzuleiten. Im Übrigen könnten hinsichtlich der qualitativen und quantitativen Vorgaben die Regelungen des § 26 GO auf die Bezirksratssitzungen übertragen werden.

Fragen und darauf gegebene schriftliche Antworten wären dann als Anhang zum Protokoll zu dokumentieren und könnten nach der erfolgten Genehmigung und Veröffentlichung des Protokolls über das Internet eingesehen werden. Eventuelle Antworten auf Zusatzfragen wären nachgehend zu verschriftlichen. Fragesteller und andere Interessierte könnten demnach Fragen und Antworten lückenlos nachvollziehen.

Der durch das Verfahren im FB 10 Zentrale Dienste und darüber hinaus entstehende zusätzliche personelle Aufwand kann nicht beziffert werden. Einerseits müssten die schriftlich eingereichten Fragen von den zuständigen Organisationseinheiten i. d. R. im Zeitraum von 24 Stunden rechtzeitig vor Sitzungsbeginn beantwortet werden, andererseits könnte es im Einzelfall als erforderlich angesehen werden, zur Beantwortung von Zusatzfragen fachkundige Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Antwort gebenden Organisationseinheiten hinzuzuziehen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat Südstadt-Rautheim-Mascherode		12	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Viewegsgarten-Bebelhof		14	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Timmerlah-Geitelde-Stiddien		6	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Weststadt		13	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Lehndorf-Watenbüttel		7	4	2	angenommen
Stadtbezirksrat Wenden-Thune-Harxbüttel		9	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Hondelage		0	7	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Volkmarode		0	8	1	abgelehnt
Stadtbezirksrat Wabe-Schunter-Beberbach		0	15	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Schunteraue		0	5	3	abgelehnt

Haushaltslesung 2015 - Bürgerhaushalt

Anlage 6 - Teil 2

21.01.2015

Stadtbezirksrat Rünigen		0	7	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Veltenhof-Rühme		0	9	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Östliches Ringgebiet		0	15	4	abgelehnt
Stadtbezirksrat Broitzem		0	7	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Innenstadt		0	10	1	abgelehnt
Stadtbezirksrat Stöckheim-Leiferde	Abstimmung findet am 22. Januar 2015 statt.				
Stadtbezirksrat Lehndorf-Watenbüttel	Abstimmung findet in der nächsten Sitzung statt.				
Stadtbezirksrat Heidberg-Melverode	Abstimmung nicht gewünscht.				
Stadtbezirksrat Westliches Ringgebiet	Es wurde nicht abgestimmt.				
Finanz- und Personalausschuss					

35 Kostenlose öffentliche Toiletten im Schloß einführen

Vorschlags-Nr.: 1343 Bewertung: + 1,04 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es soll eine kostenlose, öffentliche Toilette im oder am Schloss geben. Ich finde es peinlich, dass eine Stadt wie Braunschweig, die mit ihren Einkaufsmöglichkeiten wirbt, ihren Einkaufsbesuchern nicht einmal die Möglichkeit gibt, umsonst und ohne eine Schranke auf Toilette zu gehen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 20

Das Schloss mit dem angrenzenden Einkaufszentrum ist nicht Eigentum der Stadt Braunschweig. In den von der Stadt angemieteten Bereichen des Schlosses (z.B. Bibliothek und Schlossmuseum) befinden sich für die Besucher kostenfreie Toiletten. Toiletten in Einkaufszentren oder Kaufhäusern sind in der Regel kostenpflichtig. Dies gilt auch für die öffentlichen Bedürfnisanlagen der Stadt, für deren Betrieb im Jahr rund 200.000 € aufgewendet werden, denen aber nur ca. 14.500 € Einnahmen gegenüber stehen. Die Benutzungsgebühr wurde 2001 im Rahmen des vom Rat beschlossenen Sanierungskonzeptes festgelegt und dient auch als Hemmschwelle gegen Vandalismus. Für Männer gibt es in der Nähe des Schlosses am Theater ein kostenfreies Urinal. Die nächste kostenpflichtige öffentliche Toilette befindet sich am Rathaus in der Dankwardstraße.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss					

38 Freiraum für Musik

Vorschlags-Nr.: 1056 Bewertung: + 1,04 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In Braunschweig gibt es seit vielen Jahren verschiedene Künstler, die im öffentlichen Raum kostenlose Tanzveranstaltungen organisieren. Diese nicht kommerziellen open airs gleichen winzigen Festivals und werden mit sehr viel Mühe und Liebe zum Detail angeboten.

Die Erfahrung zeigt, dass der Großteil dieser Veranstaltungen keine Lärmbelästigung verursachen und die Veranstalter im Anschluss die Flächen in einem tadellos sauberen Zustand hinterlassen. Die Besucherzahlen schwanken zwischen 50 und 200 Personen.

Da diese open airs frei zugänglich sein sollen, also kostenlos sind, werden die Kosten meistens gerade so durch Spenden und die Pfandrückgabe gedeckt.

Daher ist es meist nicht möglich, diese Art der Veranstaltung offiziell anzumelden. Hierfür fehlt schlicht das Geld.

Der Vorschlag lautet:

Die Stadt Braunschweig definiert Flächen, die nach Absprache zur kostenlosen Nutzung bereitgestellt werden. Die namentlich bekannten Veranstalter garantieren, nicht nach kommerziellen Prinzipien zu handeln, freien Zugang zu gewähren und bürgen darüber hinaus für die Sauberkeit des Platzes.

Die Stadt stellt oder installiert Toiletten und erhöht die Dichte der Mülleimer. Eine befestigte Grillstätte wäre eine sinnvolle Ergänzung.

Der Vorteil dieser Lösung wäre, dass es klar definierte Orte gibt, die als unkompliziert bekannt sind. Die Veranstalter müssten nicht an ständig neue, möglicherweise problematische Orte ziehen, um einer Überstrapazierung der Flächen oder Anwohner zu entgehen.

Des Weiteren könnte man diese Art der Veranstaltung mehr Menschen zugänglich machen, die auf den bisherigen Wegen nicht davon erfahren können.

Außerdem sinkt die Hemmschwelle, selbst aktiv zu werden und so die Szene und das Stadtbild durch die eigene Kreativität zu bereichern.

Es gibt in der Szene einen großen Kreis erfahrener Personen, die zum Dialog bereitstehen und konkrete, einfach umzusetzende Vorschläge haben.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 20

Im Stadtgebiet gibt es eine Vielzahl von Festplätzen, die im Rahmen klar definierter Auflagen, insbesondere zum Lärmschutz angrenzender Wohngebiete, für Veranstaltungen gegen eine Nutzungsgebühr überlassen werden können. Flächen im Stadtgebiet, die auflagenfrei zur Verfügung gestellt werden könnten, stehen im städtischen Eigentum nicht zur Verfügung. Weil es aber offenbar einen Bedarf für kleinere, nicht kommerzielle Open Air-Musik- und Tanzveranstaltungen gibt, prüft die Verwaltung derzeit, ob dafür eine Fläche ausgewiesen und mit den notwendigen Auflagen zur Verfügung gestellt werden kann. Unabhängig davon, wird der Bürgervorschlag so verstanden, dass die Fläche permanent bereitgestellt werden soll. Dies würde den Bau einer Toilettenanlage erfordern, deren Herstellungskosten ohne die später erforderliche Unterhaltung und Reinigung im sechsstelligen Bereich liegen würden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss					

42 Nachtverkehr bei Bussen und Bahnen wieder einführen

Vorschlags-Nr.: 865 Bewertung: + 1,02 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Nachtverkehr bei Bussen und Bahnen dringend wieder einführen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Da Nachtverkehre in der Vergangenheit nur an den Wochenenden durchgeführt wurden, wird davon ausgegangen, dass mit dem o. g. Antrag auch nur die Wiedereinführung an Wochenenden (Fr./Sa. bzw. Sa./So.) gemeint ist. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat am 23. September 2014 die Einführung eines Nachtlinienverkehrs am Wochenende - zunächst probeweise für ein Jahr - zu Beginn des Winterhalbjahres 2014/2015 beschlossen. Hierdurch wird das komplette Netz der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (23 Linien) ab Ende November 2014 in der Nacht von Freitag auf Sonnabend und in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag rund um die Uhr bedient. Die Kosten für den Probebetrieb belaufen sich auf 438.000 €.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss					

51 Prüfung aller positiv bewerteten Vorschläge des Bürgerhaushalts

Vorschlags-Nr.: 797 Bewertung: + 0,97 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Ein Bürgerhaushalt steht und fällt mit der Anzahl von guten Vorschlägen. Beim Braunschweiger Bürgerhaushalt werden die 75 am höchsten bewertesten Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Diese Zahl ist beliebig festgelegt: Es kann durchaus sein, dass mehr oder weniger als 75 Vorschläge von den Teilnehmern für gut befunden werden. Daher eine Empfehlung: Alle Vorschläge, die von der Mehrheit der Teilnehmer als "wünschenswert" bezeichnet werden, sollen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden.

Sollte es weniger als 75 gute Vorschläge geben, führt dies zu einer Entlastung der Dezenten, weil sie sich mit weniger Vorschlägen auseinander setzen müssen. Es wäre außerdem undemokratisch, Vorschläge umzusetzen, die schon bei den Bürgern keine Mehrheit gefunden haben.

Sollte es mehr als 75 gut bewertete Vorschläge geben, so führt dies evtl. zu einer Entlastung des Haushalts, da unter den Vorschlägen sich auch sinnvolle Einsparvorschläge befinden können.

Eine Umsetzung ist auch schon beim Bürgerhaushalt 2015 möglich!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Im Rahmen des Bürgerhaushaltes wird zwischen den gesamtstädtischen und den bezirklichen Vorschlägen unterschieden. Um den anfallenden Arbeitsaufwand einschätzen und gewährleisten zu können, musste trotz fehlender Erfahrungswerte über die Beteiligung am Bürgerhaushalt bei der Stadt Braunschweig im Vorfeld eine Richtlinie festgelegt werden. Aufgrund der Erfahrung des Beraters der Fa. buergerwissen wurde als angemessen erachtet, dass zum Einstieg bis zu 75 gesamtstädtische Vorschläge im weiteren Verfahren berücksichtigt werden. Der Rat der Stadt Braunschweig hat daraufhin einen entsprechenden Beschluss gefasst. Dahingegen werden alle bezirklichen Vorschläge, ob positiv oder negativ bewertet, durch die Verwaltung aufbereitet und den Stadtbezirksräten zur Entscheidung vorgelegt. Insgesamt wurden 490 gesamtstädtische Vorschläge positiv bewertet. Mithin mussten zusätzlich 415 Vorschläge bearbeitet werden.

Um die Kriterien des Bürgerhaushalts zu ändern, bedarf dies einer Beschlussfassung durch den Rat.

Über die 75 am besten bewerteten gesamtstädtischen Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2015 einschließlich des vorstehenden Vorschlags wird der Rat der Stadt erst zum Abschluss des Verfahrens im Februar 2015 entscheiden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss					

53 Fahrradständer Raffteichbad errichten

Vorschlags-Nr.: 1648 Bewertung: + 0,96 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Am Raffteichbad sollen Fahrradständer aufgestellt werden, an denen die Räder mit dem Rahmen angeschlossen werden können. Begründung: Die meisten Fahrräder werden vor Schwimmbädern gestohlen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Der Stadtbad Sport und Freizeit-GmbH liegen keine Beschwerden vor, die den Ersatz der vorhandenen Fahrradständer rechtfertigen würden. Ausgehend von 50 zusätzlichen Fahrradständern, die entsprechend des Bürgerantrags ausgestaltet sind, ergeben sich unter Zugrundelegung eines Einzelpreises für den Kauf und die Montage eines Anlehnbügels von 120,00 bis 150,00 € zzgl. MwSt. Investitionskosten von 7.500 € netto.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	7.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	7.500 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss					

55 Mehr Erzieher in Kindertagesstätten einstellen

Vorschlags-Nr.: 1398 Bewertung: + 0,95 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Städtische Kindertagesstätte. Eine 20-jährige Sozialassistentin - Gott sei Dank nett und liebevoll - passt über Stunden auf 21 Kinder auf. Das ist kein Einzelfall, sondern System! Wir wünschen uns, dass der Beruf der Erzieherin durch die Bezahlung, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen so attraktiv wird, dass junge Menschen sich dafür entscheiden können. Dafür würde ich auch Gebühren bezahlen!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 51

Die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher richtet sich nach den jeweils maßgeblichen Tarifverträgen. Für die Stadt Braunschweig ist dies der TVöD, an den die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber gebunden ist. Eine Tarifvertragsbindung bzw. analoge Regelungen gelten auch für die meisten Freien Träger. Eine Anpassung der Gehälter liegt demnach in Zuständigkeit beider Tarifvertragsparteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Entsprechendes gilt für die Arbeitszeiten. Auf Basis des Tarifvertrags und unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten vor Ort sowie den Wünschen des Arbeitnehmers erfolgt eine Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Die Arbeitsbedingungen wie Gruppengröße und Personalschlüssel orientieren sich am Nds. Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Nds. KiTaG). Das Gesetz formuliert zu den genannten Punkten Mindeststandards, an denen sich die meisten Kommunen, hier auch die Stadt Braunschweig, ausrichten. Darüber hinaus wird in sozialen Brennpunkten bereits ein erhöhter Betreuungsschlüssel angewandt. Das Land beteiligt sich im Rahmen der Finanzhilfe an den Personalkosten, allerdings nur im Rahmen der Mindeststandards. Die flächendeckende Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Kindertagesstätten in Braunschweig wäre für die Stadt mit erheblichen Kosten verbunden, die durch die Wiedereinführung des Kitaentgeltes nicht gedeckt werden können. Außerdem ist fraglich, ob für eine solche Maßnahme ein tragfähiger Konsens, auch bei den betroffenen Eltern, besteht. Seitens des Landes Niedersachsen wird aktuell eine erhöhte Betreuungsdichte (3. Kraft) geprüft

Die finanziellen Auswirkungen lassen sich nicht konkret beziffern, sondern müssten im Einzelfall und abhängig von der jeweiligen Maßnahme ermittelt werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Jugendhilfeausschuss	Der JHA nimmt den Appell zustimmend zur Kenntnis und verfolgt die Thematik im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter.				
Finanz- und Personalausschuss					

59 Häufigere Busverbindungen in die Außenbezirke schaffen

Vorschlags-Nr.: 1058 Bewertung: + 0,93 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Insbesondere als Schüler ist man durch die rudimentären Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel in die Außenbezirke von Braunschweig sowie in die nahe Braunschweig gelegenen Dörfer sehr eingeschränkt. Dies betrifft beispielsweise Groß Gleidingen, Abbenrode, Cremlingen und Sickte. Dies hat zur Folge, dass Schulwege, aber auch die Wege am Nachmittag in die Stadt extrem lang sind. Teilweise ist es auch nicht möglich Anschlussbusse zu bekommen, sodass eine sehr lange Wartezeit entsteht.

Zum Teil fahren die Linien auch am Wochenende gar nicht (vergleiche Linie 427). Es wäre schön, wenn diese auch am Sonntag verkehren. Darüber hinaus dauern Fahrten zum Teil sehr lange. Um von Hordorf nach Cremlingen zu gelangen, muss man erst in die Innenstadt und von dort aus (mit Wartezeiten) dann nach Cremlingen fahren. Es soll deshalb eine Direktverbindung geschaffen werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Die Verkehrs-GmbH hält schon heute ein sehr gutes Angebot in die Umlandgemeinden vor. Auf den Linien 420 nach Wolfenbüttel, 445 nach Lengede, 450 nach Vechelde, 452 nach Cremlingen und 480 nach Groß Schwülper wird zum Teil im Halbstundentakt und bis in die späten Abendstunden gefahren. Die im Bürgerantrag genannten Relationen beziehen sich ausschließlich auf Orte in der Gebietskörperschaft Landkreis Wolfenbüttel, sodass hier der Zweckverband Großraum Braunschweig als Aufgabenträger für den ÖPNV und der Landkreis Wolfenbüttel Ansprechpartner sind. Eine Aussage zu den finanziellen Auswirkungen kann daher nicht getroffen werden.

Sollte der Vorschlag durch den Rat angenommen werden, wird der Vorschlag an den Zweckverband Großraum Braunschweig sowie dem Landkreis Wolfenbüttel weitergeleitet.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss					

Haushalt 2015: Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushalts
Gesamtstädtische Vorschläge | Top 75

1 Ringgleis schließen

Vorschlags-Nr.: 1359 Bewertung: + 1,37 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Für ein Fußgänger-, Läufer- und Radfahrer-Freundliches Braunschweig sollte der Masterplan Ringgleis http://www.braunschweig.de/leben/im_gruenen/Masterplan_Ringgleis_100511.pdf vorangetrieben werden, nicht nur im Norden, sondern vor allem im Süden - dort stehen ungenutzte Brücken (z.B. am Kennelbad) und viel ehemalige Gleisfläche liegt brach.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 61

Die Maßnahme ist aus planungs- und baurechtlicher Sicht grundsätzlich umsetzbar und soll gemäß Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig umgesetzt werden. Die notwendigen bauvorbereitenden Planungen zur Herstellung des innenstadtumlaufenden Ringgleisweges sind in Bearbeitung. Ein Teilgrunderwerb im Bereich des südlichen Ringgleises Marienberger Str. bis östliches Ende des Kennelweges wurde bereits getätigt. Die Gesamtmaßnahme ist sukzessive innerhalb von 10-15 Jahren in Abhängigkeit der dafür notwendigen Haushaltsmittel, zu tätigen Planungsleistungen und weiterem Grunderwerb umsetzbar. Die Gesamtbaukosten belaufen sich grob geschätzt je nach Standard der Ausführung auf ca. 3-4 Mio.€.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	250.000 €	250.000 €	500.000 €	500.000 €	2.000.000 €	3.500.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss	Veränderung der Finanzraten. 2015: 50.000 €, 2016: 450.000 €	7	0	4	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

2 Kein Geld für Schneeaktionen des Stadtmarketing

Vorschlags-Nr.: 1305 Bewertung: + 1,35 Wirkung: Sparidee Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es soll kein Geld mehr für irrsinnige Aktionen des Stadtmarketings ausgegeben werden, wie zum Beispiel Schnee aus dem Harz für Langlauf und Rodeln in der City herbei zu schaffen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): StS 0800

Die thematisch ausgerichteten verkaufsoffenen Wochenenden, wie die hier offenbar angesprochene Veranstaltung des Biathlons, werden auf Initiative des Arbeitsausschuss Innenstadt Braunschweig e.V. (AAI) vom Stadtmarketing konzipiert und durchgeführt sowie vollständig aus Sponsorenmitteln finanziert. Dies gilt für alle vier jährlich durchgeführten verkaufsoffenen Sonntage und weitere Einkaufsveranstaltungen wie etwa das Science Shopping, aktuell die Wohltätigkeitsveranstaltung "Braunschweig zeigt Herz" oder in der Vergangenheit die "mondlichtkaufen-Veranstaltungen" mit verlängerten Öffnungszeiten in den Abendstunden.

Wie das Kriterium "irrsinnig" außerhalb von Meinungsäußerungen gefasst werden kann, bleibt offen. Die Bewertung von Aktionen des Stadtmarketing obliegt unmittelbar den finanzierenden Partnern bzw. dem Aufsichtsrat der Gesellschaft. Da keine Haushaltsmittel für die Einkaufsveranstaltungen aufgewendet werden, lässt sich kein Geld im Haushalt einsparen. Auch fand der als Beispiel benannte Biathlon letztmalig 2013 statt.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Hat sich erledigt. Wird positiv zur Kenntnis genommen. Keine Beschlussfassung notwendig.				
Finanz- und Personalausschuss					

3 Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen (ÖPNV) einführen

Vorschlags-Nr.: 853 Bewertung: + 1,34 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In allen größeren Städten gibt es im ÖPNV für kurze Fahrten einen Kurzstreckentarif. Nur in Braunschweig nicht. Selbst für kurze Strecken sind hohe Preise zu zahlen, so dass die Nutzung unattraktiv wird. Durch attraktivere Tarife werden mehr Kunden für den ÖPNV geworben, so dass nach kurzer Zeit trotz geringerer Preise zumindest gleich hohe Gesamteinnahmen erzielt werden.
Vgl. zu diesem Thema auch den Bericht in der "Braunschweiger Zeitung" vom 13.5.2014 mit weiteren Beispielen aus anderen Städten:<http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/Braunschweig/idee-zum-buerg...>

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt unterstellt, dass in allen größeren Städten Kurzstreckentickets angeboten werden. Deutschlandweit gibt es in vergleichbaren Städten wie Münster und Bremen teils das Angebot eines Kurzstreckentarifs, in anderen Städten wie Freiburg und Karlsruhe aber auch nicht. Als Alternative zur Kurzstrecke wurde in Braunschweig bewusst die 10-Fahrtenkarte mit dem seit 2008 nicht angehobenen Preis entwickelt. Durch die Zeitvariante von 90 Minuten für beliebig häufige Fahrten innerhalb des Stadtgebiets, kann man gerade auf kurzen Entfernungen den Abschnitt der Karte zum Preis von 1,80 € für die Hin- und Rückfahrt nutzen. Gleichzeitig werden die Verkaufsvorgänge damit gegenüber einer Kurzstrecke reduziert. Die Kunden nehmen diese Karte sehr gut an.
In Städten, die ein Kurzstreckentarif im Angebot haben, sind die Fahrkarten im Regeltarif dagegen meist deutlich teurer als in Braunschweig. Insofern ist die Entscheidung Pro oder Contra eines Kurzstreckentarifes nicht auf diese einzelne Fahrkarte bezogen, sondern wird Veränderungen im Gesamtsortiment nach sich ziehen, um die Tarifgerechtigkeit aufrecht zu halten und die wirtschaftlichen Effekte durch den abgesenkten Tarif im darstellbaren Rahmen zu halten.
Die Verkehrs-GmbH unterliegt als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Eine Einführung eines Kurzstreckentarifs in Stadtgebieten müsste in Abstimmung der Städte Wolfsburg, Goslar sowie der übrigen Landkreise des Verbandsgebietes erfolgen.
Aus Sicht der Verkehrs-GmbH ist die Einführung eines Kurzstreckentarifs nicht kostenneutral. Ein zu erwartender Neukundenanteil wird die Reduzierung der Einnahmen aus dem abgesenkten Fahrpreis für die jetzigen Kunden nicht kompensieren können und somit zum Anstieg des Defizitausgleichs durch die Stadt Braunschweig führen. Dies wurde durch eine exemplarische Berechnung festgestellt.
Derzeit nutzen rd. 1,4 Mio. Kunden den Einzelfahrschein im Stadttarif zu 2,10 €/Ticket, was einen Jahresumsatz von rd. 2,9 Mio.€ in 2013 ergab.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

4 Fahrradwege verbessern

Vorschlags-Nr.: 901 Bewertung: + 1,33 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Fahrradwege sind zum größten Teil eine Katastrophe. Entweder sie sind zu schmal oder zu uneben, einige enden sehr unglücklich auf den Straßen, so dass es für keinen gut ist. Schilder, die auf die Radfahrer hinweisen, so wie die Verbesserung der Wege wären schön.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Im Rahmen der Deckenerneuerung bzw. Sanierung von Radwegen wird immer versucht, schmale Radwege auf mindestens 2 m zu verbreitern. Bei Radwegen, die auf der Fahrbahn enden, soll weiterhin mittels Markierungen und baulichen Anpassungen ein verkehrssicheres Radwegende hergestellt werden.

Markierungen und Beschilderungen, die auf Radfahrer hinweisen, werden entsprechend der Straßenverkehrsordnung vorgenommen. Ob hier erweiterter Bedarf besteht, kann geprüft werden. Kosten für Markierungen und Beschilderungen wären i. d. R. über den Vertrag mit der Bellis GmbH abgedeckt.

Vgl. dazu auch Stellungnahme zu Vorschlag-Nr.: 767 (Rangfolge Nr. 26)

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über eine Erhöhung des Haushaltsansatz für die Sanierung von Radwegen um 100.000 € empfohlen. (Antrag der SPD)				passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

5 Fahrradfreundlichkeit verbessern

Vorschlags-Nr.: 899 Bewertung: + 1,30 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es ist nötig, dass Braunschweig fahrradfreundlicher wird. Dazu gehört der Ausbau von Fahrradwegen, das Säubern von Fahrradwegen in Bezug auf das enorme Scherbenvorkommen und das Räumen von Fahrradwegen bei Schnee und Eis.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Der Ausbau von Radwegen wird derzeit aus Mitteln für die Straßenunterhaltung finanziert. Vgl. dazu auch Stellungnahme zu Vorschlag-Nr.: 767 (Rangfolge Nr. 26)

Auf den öffentlichen Gehwegen sowie den kombinierten Geh- und Radwegen müssen die Anlieger Winterdienst leisten, d. h. sie müssen räumen und streuen. Die Radwege werden im Auftrag der Stadt nach einem Prioritätensystem geräumt. Vorrang haben dabei immer besonders wichtige und stark genutzte Wegeverbindungen. Eine regelmäßige Reinigung der Radwege findet bereits statt (nach Reinigungsklasse der Straße).

Sollten benutzungspflichtige Radwege aufgrund ihres Zustandes nicht benutzbar sein, darf auf die Fahrbahn ausgewichen werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

6 Bessere Radwege für Braunschweig - Radwegekonzept erstellen

Vorschlags-Nr.: 1520 Bewertung: + 1,29 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In Braunschweig fehlt ein Fahrradkonzept. Die Radwege sind regelmäßig sanierungsbedürftig. Ein Beispiel könnte man sich an Utrecht nehmen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Es gibt ein Radverkehrskonzept, das 1994 vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossen wurde. Dieses Konzept besteht aus 67 einzelnen Radwegebaumaßnahmen und ist weitestgehend umgesetzt. Eine Neuaufstellung ist im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung auf Grundlage des in Aufstellung befindlichen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) vorgesehen.

Die Instandsetzung von Radwegen wird derzeit aus Mitteln für die Straßenunterhaltung finanziert. Vgl. dazu Stellungnahme zu Vorschlag-Nr.: 767 (Rangfolge Nr. 26).

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über eine Erhöhung des Haushaltsansatz für die Sanierung von Radwegen um 100.000 € empfohlen. (Antrag der SPD)				passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

7 Verbesserung der Radstation am Hauptbahnhof

Vorschlags-Nr.: 1596 Bewertung: + 1,29 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Radstation am Hauptbahnhof ist ein super Angebot. Trotzdem ist sie nicht perfekt. Um die Attraktivität der Radstation weiter zu steigern sollten folgende Verbesserungen geprüft werden:

- Fußgängerzugang direkt aus der Eingangshalle vom Bahnhof: Damit würde sich der Fußweg zur Station deutlich verkürzen und jeder Pendler würde jeden Tag zwei Minuten gewinnen.
- Verbesserung der Lüftung: In der kalten Jahreszeit bekommt man Schweißausbrüche, wenn man warm bekleidet aus der Kälte und den Kreislauf von Radfahrern auf Hochtouren in die gut geheizte Station kommt. Anschließend stellt man sich dann durchgeschwitzt an den kalten Bahnsteig.
- Rauchverbot in der Station einführen und durchsetzen: Unter den Mitarbeitern sind scheinbar viele Raucher, die auch gerne mal drinnen oder direkt vor der Eingangstür rauchen.
- Reaktivierung der Beleuchtung auf der Rampe und bei der Treppe: Hier besteht Unfallgefahr!
- Ein Spiegel am Ausgang montieren: Nach der Fahrt auf dem Fahrrad ist man manchmal "durch den Wind" und würde gerne sein Erscheinungsbild überprüfen.
- Mehr Stellplätze für schwere Pedelects, Fahrräder mit breiten Reifen und hohe Fahrräder schaffen und entsprechend dafür kennzeichnen.
- Die Stellplätze so umbauen, dass man die Fahrräder am Rahmen und nicht nur am Reifen anschließen kann.
- Den Platz für Leihfahrräder und Reparaturfahrräder in der hinteren Ecke komprimieren, damit der dritte Gang beidseitig zum Abstellen genutzt werden kann. Der für diese Zwecke reservierte Platz ist normalerweise deutlich weniger eng belegt, als der Rest der Station.
- Die Öffnungszeiten bei Verzögerungen im Bahnverkehr flexibel verlängern. Wenn der letzte IC aus Hannover eine 20 Minuten Verspätung hat (was aufgrund der Anschlusssicherung zu der späten Stunde manchmal vorkommt) steht man vor verschlossener Tür. Hierzu müssten die Mitarbeiter gegen Feierabend auf den Ankomstmonitor der DB im Internet schauen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Ein Zugang direkt aus der Eingangshalle scheiterte bei der Einrichtung der Station an bautechnischen Schwierigkeiten, wie der unsicheren Statik und der Herstellung erforderlicher Fluchtwege. Durch die Lage der Radstation unter dem Buchladen in der Bahnhofshalle passt ein Zugang außerdem nicht zum aktuellen Nutzungskonzept der Deutschen Bahn für die Bahnhofshalle.

Die Verbesserung der Lüftung wird geprüft.

Ein Rauchverbot, die Anbringung eines Spiegels und die flexible Öffnungszeit bei Verspätung des letzten ICE werden beim Betreiber angeregt. Die interne Organisation und die Ordnung innerhalb der Radstation liegt beim Betreiber, auch die Organisation der Abstellung für Pedelects, Fahrräder mit breiten Reifen, Platz für Leihräder, ...

Die Beleuchtung der Rampe und der Treppe wird überprüft.

Zusätzliche Anschlussmöglichkeiten werden nicht als notwendig angesehen, da die Radstation bewacht ist.

Die genannten Einzelmaßnahmen sind nicht haushaltsrelevant.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen				Ergebnis
		Ja	Nein	Enth.	
Bausschuss		passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

8 Mehr Fahrradständer in Braunschweig errichten

Vorschlags-Nr.: 1578 Bewertung: + 1,28 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es soll mehr Fahrradständer in der Innenstadt und den Quartieren geben.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Zum Haushalt 2013 wurden einmalig zusätzlich 50.000 € für Fahrradabstellanlagen an ÖPNV-Haltestellen bereit gestellt, die sukzessive aufgestellt werden. Restliche Mittel stehen noch zur Verfügung. Im Übrigen wird die Errichtung und Instandhaltung von Fahrradabstellanlagen mit Mitteln der Straßenunterhaltung finanziert.

Vgl. dazu auch Stellungnahme zu Vorschlag-Nr.: 767 (Rangfolge Nr. 26)

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 € für den Neubau von Fahrradabstellanlagen empfohlen. (Antrag der SPD)	passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

9 Sanierung der Radwege

Vorschlags-Nr.: 1365 Bewertung: + 1,27 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es soll Geld in die Sanierung der kaputten Fahrradwege fließen

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Instandsetzung von Radwegen wird derzeit aus Mitteln für die Straßenunterhaltung finanziert. Vgl. dazu Stellungnahme zu Vorschlag-Nr.: 767 (Rangfolge Nr. 26)

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über eine Erhöhung des Haushaltsansatz für die Sanierung von Radwegen um 100.000 € empfohlen. (Antrag der SPD)	passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

10 Fahrradparkplätze am Bahnhof errichten - Vor dem Bahnhof und am Südausgang

Vorschlags-Nr.: 1330 Bewertung: + 1,27 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es sollen Fahrradstellplätze für Fahrräder errichtet werden, sowohl vor dem Bahnhof als auch am Südausgang. Derzeit weiß man als Pendler nicht, wo man das Fahrrad abstellen soll, aufgrund fehlender Möglichkeiten. Und das Erscheinungsbild vor dem Hauptbahnhof mit den vielen Fahrrädern lässt zu wünschen übrig.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Situation des Fahrradparkens am Braunschweiger Hauptbahnhof ist bekannt.

Die vorhandenen ca. 300 Ständer auf dem Bahnhofsvorplatz sind ausgelastet. Die 500 Abstellplätze in der Fahrradstation nach Angabe der Radstation sind regelmäßig zu 85 % ausgelastet.

Direkt auf dem Bahnhofsvorplatz fehlen weitere Flächen, um zusätzliche Fahrradständer aufzustellen.

Auf der Südseite ist eine überdachte Abstellanlage geplant. Die Abstimmung mit der Deutschen Bahn läuft bereits.

Für die Herrichtung weiterer Flächen in der Nähe des Bahnhofsvorplatzes (z.B. auf den Verkehrsinseln des Berliner Platzes) gibt es noch keine Planungen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	100.000 €					100.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

11 Sitzmöglichkeiten am Busbahnhof (ZOB) schaffen

Vorschlags-Nr.: 1400 Bewertung: + 1,25 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Dem Busbahnhof, der nach Öffnung des Marktes für Fernreisen, viel zu klein geworden ist, fehlt es an Sitzgelegenheiten und Unterstellmöglichkeiten für Fernbusreisende. Ein Toilette wäre auch ganz schön.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Derzeit werden verschiedene Möglichkeiten geprüft, wie die Fernbushaltestelle um Sanitäranlagen, Wetterschutzeinrichtungen oder Sitzmöglichkeiten erweitert werden kann. Auch für die temporären Engpässe am ZOB werden in diesem Zuge Lösungsmöglichkeiten untersucht.

Bis eine Ausstattung der Haltestelle mit Sanitäranlagen realisiert ist, besteht für Fernbusfahrgäste weiterhin die Möglichkeit, die WC-Anlagen im Braunschweiger Hauptbahnhof zu nutzen.

Da sich die finanziellen Auswirkungen in Abhängigkeit der erforderlichen, derzeit in der Überprüfung befindlichen Maßnahmen ergeben werden, kann aktuell nur eine grobe Schätzung zur Höhe der Kosten getroffen werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	400.000 €					400.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bausschuss		passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

12 Braunschweig gegen Fracking

Vorschlags-Nr.: 1369 Bewertung: + 1,24 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Stadt Braunschweig soll sich gegen Fracking einsetzen, da dies Raubbau an der Natur ist.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 61

Die Stadt Braunschweig setzt sich bereits seit längerem gegen Fracking ein. Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 20.03.2012 einstimmig folgende Resolution gegen Fracking beschlossen:
"Der Rat der Stadt Braunschweig lehnt mit Nachdruck das sogenannte Fracking-Verfahren zur Erdgasgewinnung beziehungsweise -förderung oder zur Suche nach Erdgasvorkommen ab. Der Rat stellt fest, dass der Einsatz wassergefährdender chemischer Substanzen für die Gewinnung von Erdgas nicht hinnehmbar ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht. Der Rat der Stadt Braunschweig fordert daher die niedersächsische Landesregierung auf,

- das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) anzuweisen, das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren -sowohl in Bezug auf die Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten als auch deren Förderungsbewilligung- bis auf weiteres auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen,
- sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen, dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking - beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis- neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden muss,
- eine umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe sowie die möglichen Risiken beinhaltet, zu gewährleisten,
- eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen."

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

13 Radschnellweg Braunschweig-Wolfenbüttel erstellen

Vorschlags-Nr.: 917 Bewertung: + 1,24 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In den Haushalt der Stadt Braunschweig sollen entsprechende Mittel für den Ausbau des Radschnellweges von Braunschweig nach Wolfenbüttel eingestellt werden.
Begründung: Die Wegeverbindung Braunschweig-Wolfenbüttel ist eine bedeutende Relation für Pendler. Aufgrund der relativ kurzen Distanz besteht ein enormes Potenzial, dass Pendler für den täglichen Arbeitsweg das Fahrrad nutzen, sofern ihnen eine komfortable Route geboten wird. Durch die weitere Verbreitung von E-Bikes, wird sich das Potenzial weiter erhöhen. In anderen Städten Deutschlands werden aktuelle diverse Radschnellwege geplant und bald realisiert. Mit den eingestellten Mitteln sollen vorhandene (Rad-)Wege ertüchtigt bzw. ausgebaut und begleitende Infrastruktur (zum Beispiel Wegebeleuchtung, Luftstationen, Abstellanlagen) errichtet werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie der Metropolregion wurde ein Radschnellweg zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel untersucht. Die Studie sah einen Ausbau in einer Größenordnung von 5 Mio € vor, davon anteilig 3,5 Mio € Anteil für Braunschweig. Für die Umsetzung des Projektes sind keine Zuschüsse zu erwarten (die Metropolregion unterstützt den Radschnellweg in Göttingen). Die Finanzierung müsste auch beim Landkreis Wolfenbüttel bzw. bei der Stadt Wolfenbüttel gesichert werden. Weiterhin müsste Einvernehmen über die Trassenführung erzielt werden was bisher nicht erfolgt ist.

Im Braunschweiger Stadtgebiet werden punktuelle Maßnahmen zur Verbesserung der Wege vorgenommen (Beispielsweise die Verbreiterung des Radweges entlang der B79 über den Sternhausberg, Neubau der Okerbrücke Grund und Verbreiterung des Weges an der Oker).

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

14 Radwege sanieren - Hagenring, Altewiekring

Vorschlags-Nr.: 884 Bewertung: + 1,23 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Radwege auf den Ringstraßen im Bereich Östliches Ringgebiet (Hagenring, Altewiekring) sind in einem schlechten Zustand. Die Sanierung der Radwege könnte private Wartungskosten für Fahrräder reduzieren, bzw. die allgemeine Motivation für das Fahrrad als Verkehrsmittel erhöhen. Umso mehr Braunschweiger den Vorteil von ÖPNV und Fahrrad erkennen, umso besser für Braunschweig; bessere Luftqualität, weniger Verkehrslärm, geringere Kosten beim Pendeln.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Radwege auf dem Ring werden abschnittsweise verbessert. Aufgrund der Klage eines Bürgers zur Radwegebenutzungspflicht auf dem östlichen Ring wurde dort im laufenden Jahr keine Erneuerung vorgenommen, da eine grundsätzliche Überplanung stattfinden muss.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über eine Erhöhung des Haushaltsansatz für die Sanierung von Radwegen um 100.000 € empfohlen. (Antrag der SPD)				passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

15 Fahrradabstellanlagen

Vorschlags-Nr.: 916 Bewertung: + 1,22 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In den Haushalt der Stadt Braunschweig sollen jedes Jahr 50.000 Euro eingestellt werden, die ausschließlich für die Errichtung und Modernisierung von Fahrradabstellanlagen verwendet werden.
Begründung: Die Zahl der Fahrradfahrer und damit auch die Zahl der Fahrräder haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Es fehlen gleichzeitig im gesamten Stadtgebiet ausreichende oder moderne Fahrradabstellanlagen (Anlehnbügel), die ein geordnetes und diebstahlsicheres Anschließen von Fahrrädern ermöglichen. Durch die bereitgestellten Mittel soll ein kontinuierlicher Ausbau von Fahrradabstellanlagen (zum Beispiel an Straßenbahn-Haltestellen, öffentlichen Einrichtungen, Schulen) nach modernen Standards ermöglicht werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Zum Haushalt 2013 wurden einmalig zusätzlich 50.000 € für Fahrradabstellanlagen an ÖPNV-Haltestellen bereit gestellt, die sukzessive aufgestellt werden. Restliche Mittel stehen noch zur Verfügung. Im Übrigen wird die Errichtung und Instandhaltung von Fahrradabstellanlagen mit Mitteln der Straßenerhaltung finanziert.

Mit einer Summe von 50.000 € können ca. 150 Fahrradständer neu aufgestellt werden (Beschaffung der Ständer + Einbau).

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €		200.000 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 € für den Neubau von Fahrradabstellanlagen empfohlen. (Antrag der SPD)	passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

16 Durchgängigen Oker-Fußweg schaffen

Vorschlags-Nr.: 1504 Bewertung: + 1,22 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Entlang der Oker spazieren zu gehen, ist perfekt zum Entspannen - wären da nicht Abschnitte, die einen zwingen, einen Umweg zu gehen. So unter anderem auch im Bereich des Heizkraftwerks Mitte. Dort wird durch eine ungünstige Verlegung der Rohre ein Weitergehen verhindert. Fußgänger, Radfahrer und Sportler sind hier gleichermaßen betroffen. Ein Trampelpfad um die aufgestellten Zäune verdeutlicht den Wunsch eines durchgängigen Fußwegs.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 61

Eine neue, die Grünfläche diagonal querende Wegeverbindung zur Vermeidung eines Umweges wurde bereits geplant und wird voraussichtlich in 2015 baulich realisiert werden. Haushaltsmittel von insgesamt 23.000 € sind bereits im Haushalt eingeplant.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

17 Fahrradschrott entfernen und Fahrradständer am Bohlweg bauen

Vorschlags-Nr.: 1446 Bewertung: + 1,21 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Fahrradständer-Situation Bohlweg-Arkaden ist völlig unzureichend. Ständig muss man um angekettete Schrottfahrer "Jonglieren". Bitte regelmäßig Fahrradschrott entfernen und andere Fahrradständer mit mehr Stellplätzen schaffen wie zum Beispiel vor Karstadt.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 32 / 66

Stellungnahme des Fachbereichs Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit:

Rechtliche Bewertung: § 28 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) sowie die §§ 26 bis 28 Nds. SOG Der Zentrale Ordnungsdienst (ZOD) der Stadt Braunschweig kontrolliert regelmäßig insbesondere den Innenstadtbereich auch darauf hin, ob sog. Schrottfahrer abgestellt wurden. Festgestellte Schrottfahrer werden mit einer Banderole markiert, die den Besitzer darauf hinweist, das Fahrrad innerhalb von sechs Wochen zu entfernen und dass anderenfalls das Fahrrad als illegale Abfallentsorgung angesehen und entsorgt wird. Mit der Markierung werden die Räder auch durch die Polizei überprüft, ob ggf. ein Diebstahl des Rades vorliegt. Sollten die Räder nicht gestohlen sein, werden sie nach einer sechswöchigen Frist entfernt.

Stellungnahme des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr:

Grundsätzlich sind die Anlehnbügel im Bereich der Bohlweg-Arkaden geeignete Fahrradständer. Problematisch ist hier nicht die Art der Ständer, sondern die nicht für alle Fahrräder ausreichenden Flächen. Zusätzliche Standorte mit weiteren Fahrradständern wären notwendig.

Geeignete Flächen sind im Bereich der Bohlweg-Arkaden nicht vorhanden. Im erweiterten Umfeld müssten geeignete Flächen geprüft werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

18 Intelligente Ampeln für Braunschweig!

Vorschlags-Nr.: 1587 Bewertung: + 1,20 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Ampelanlagen in Braunschweig bedürfen dringend einer Modernisierung! Zu oft stehen Autos, Motorräder, Radfahrer und Fußgänger unnötig lange an roten Ampeln. Ampelanlagen können mit zum Beispiel Näherungssensoren (Kontaktschleifen, Kameras, Bewegungsmelder) für Fahrbahnen und Taster für die Fußgänger so errichtet werden, dass kein warten oder gar anhalten mehr nötig ist, wenn die Kreuzung ohnehin schon frei ist! Dies spart Kraftstoff und schont die Umwelt, letztlich auch die Nerven aller Verkehrsteilnehmer!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Das komplexe Straßennetz ist mit den verkehrsregelnden Lichtsignalanlagen weitestgehend koordiniert, so dass bei normaler Auslastung der Straßen, die Fahrzeuge in einer grünen Welle fahren. Verkehrsabhängige Steuerungen greifen in die Grüne Welle ein, indem die Grünzeiten verlängert/ verschoben werden, so dass an den Folge-Lichtsignalanlage die Grünphase häufig nicht erreicht wird. Trotzdem sind verkehrsabhängige Steuerungen zur Leistungsfähigkeitserhöhung an den einzelnen Kreuzungen sinnvoll. Hierfür sind Detektoren zur Verkehrsmengenerfassung sowie deren Einbindung in die Steuerungsanlagen nötig. Mit 30.000 € könnten etwa fünf weitere Kreuzungen ausgerüstet werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	30.000 €					30.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

19 Radverkehr nach dem Nationalen Radverkehrsplan finanziell ausstatten

Vorschlags-Nr.: 920 Bewertung: + 1,20 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Der Nationale Radverkehrsplan 2020 der Bundesregierung (<http://www.nationaler-radverkehrsplan.de>) macht erstmals Vorschläge dazu, wieviel Geld die Kommunen jedes Jahr für die Förderung des Radverkehrs zur Verfügung stellen sollen. Eine Stadt wie Braunschweig müsste demnach pro Einwohner und Jahr mindestens einen Betrag von 15 € bis 18 € für den gesamten Bereich des Radverkehrs im Haushalt einplanen. Das entspräche einem Betrag von etwa 4 Millionen Euro pro Jahr.

Im Moment wird dieser Betrag jedes Jahr deutlich unterschritten. Gerade im Vergleich zum Beispiel zum ÖPNV und zum motorisierten Verkehr ist der Radverkehr damit deutlich unterfinanziert.

Politik und Verwaltung verpflichten sich, in Zukunft mindestens den vom Nationalen Radverkehrsplan empfohlenen Betrag für den Radverkehr zur Verfügung zu stellen und diese Mittel analog zu den weiteren Vorschlägen des Nationalen Radverkehrsplans auf die verschiedenen Teilbereiche (Sanierung, Fahrradparken, Marketing, Winterdienst und so weiter) zu verteilen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Für 2012 wurden sämtliche Ausgaben zum Radverkehr exemplarisch dargestellt (Stellungnahme der Verwaltung 8602/12). Danach gab die Stadt 2012 3,25 Mio. € für Radverkehr aus.

Grundsätzlich hat sich in den letzten Jahren nichts verändert, sodass davon auszugehen ist, dass auch in den nächsten Jahren vergleichbare Summen ausgegeben werden. Die Summe verteilt sich auf verschiedene Projekte in verschiedenen Fachbereichen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

20 Toiletten für den Zentralen Omnibus-Bahnhof (ZOB) bauen

Vorschlags-Nr.: 1441 Bewertung: + 1,19 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Ganz dringend und ein dickes Plus für Braunschweig wären Toiletten am Zentralen Omnibus-Bahnhof (ZOB). Wir fahren regelmäßig von dort ab, aber für dringende Notdurft muss man bis zum Bahnhof laufen. Auch viele Touristen, die einen Zwischenstopp haben, müssen dann in die Büsche gehen. Das ist kein Aushängeschild für Braunschweig.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 65

In der Nähe des ZOB befindet sich ein städt. Gebäude - ehem. Verkehrsrechner der BVAG. Über eine Außentreppe sind Toilettenräume (je eine Damen- und Herrenkabine) zu erreichen, die vor geraumer Zeit außer Betrieb genommen worden sind. Die Sanitärobjekte wurden entfernt und Versorgungsleitungen stillgelegt. Die Räume könnten wieder aktiviert werden. Hierfür würden nach einer groben Kostenschätzung ca. 40.000 € benötigt. Die Kosten setzen sich aus folgenden Positionen zusammen: Instandsetzung des Flachdaches (eine Lage Schweißbahn), der Dachrinnen und der Dachrandverkleidung; Instandsetzung der Außentreppe; Erstpflege der Außenanlagen (Zurückschneiden der Bäume, Büsche usw.); Trennung der Versorgungsleitungen (Strom, Wasser) und Einbau separater Zähler; Außenbeleuchtung; Inneneinrichtung: Sanitärobjekte, Beleuchtung, Renovierung; Beschilderung; Ingenieurleistungen. Für den Betrieb der Anlage wären laufende Kosten für Reinigung, Überwachung, Winterdienst, Pflege der Außenanlagen, Energie und Wasser, Instandhaltung usw. zu berücksichtigen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	40.000 €					40.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen				Ergebnis
		Ja	Nein	Enth.	
Bauausschuss		passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

21 Räumung der Radwege von Schnee und Scherben sicher stellen

Vorschlags-Nr.: 1647 Bewertung: + 1,19 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Bei Eis und Schnee ist zu gewährleisten, dass auch die Radwege kurzfristig gründlich geräumt und befahrbar gehalten werden. Nach den Wochenenden und z. B. Silvester ist sicherzustellen, dass die Radwege in der Innenstadt von Glasscherben geräumt werden.

Begründung: Radfahren ist keine Spaß- und Freizeitveranstaltung. Die meisten Radfahrer sind Menschen, die den täglichen Weg zur Arbeit mit dem Rad zurücklegen. Sie werden unnötig einer hohen Verletzungsgefahr ausgesetzt.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Auf den öffentlichen Gehwegen sowie den kombinierten Geh- und Radwegen müssen die Anlieger Winterdienst leisten, d. h. sie müssen räumen und streuen. Das gilt auch nach besonderen Tagen wie Silvester etc.

Die Radwege werden im Auftrag der Stadt nach einem Prioritätensystem geräumt. Vorrang haben dabei immer besonders wichtige und stark genutzte Wegeverbindungen.

Eine regelmäßige Reinigung der Radwege findet bereits statt (nach Reinigungsklasse der Straße).

Sollten benutzungspflichtige Radwege aufgrund ihres Zustandes nicht benutzbar sein, darf auf die Fahrbahn ausgewichen werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

22 Kastanienallee radverkehrsfreundlich umbauen

Vorschlags-Nr.: 1005 Bewertung: + 1,19 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Kastanienallee zwischen Ring und Helmstedter Straße muss dahingehend umgebaut werden, dass auch Radfahrende dort sicher und ohne Stress fahren können. Die Kastanienallee ist eine wichtige Verbindungsrouten für den Radverkehr und Teil des Veloroutennetzes der Stadt.

Benutzen Radfahrende die Fahrbahn (ja, das dürfen sie) werden Sie häufig angehupt und/oder ohne ausreichenden Sicherheitsabstand überholt. Der Radweg ist unsicher und unzumutbar.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Kastanienallee innerhalb des Ringes hat beidseitig schmale, nicht benutzungspflichtige Radwege. Mit Umbau der Einmündung zum Ring wurde ein kurzer Abschnitt bereits zurückgebaut und ein Radfahrstreifen eingerichtet. Der Rückbau des Abschnitts von der Helmstedter Straße bis zum Ring würde ca. 136.000 € kosten (130€/m²).

Auf beiden Abschnitten würde der Radverkehr dann ausschließlich auf der Fahrbahn abgewickelt.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	72.000 €	136.000 €				208.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

23 Öffentliche Toiletten am Heidbergsee und in den Braunschweiger Parks einrichten!

Vorschlags-Nr.: 1218 Bewertung: + 1,14 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Liegewiesen um den Heidbergsee werden im Sommer täglich von hunderten Braunschweigern bevölkert, allerdings gibt es keine öffentlichen Toiletten in unmittelbarer Nähe. Dementsprechend werden die umliegenden Büsche als Behelfstoiletten benutzt. Dies ist weder für die Badegäste, noch für die Anwohner angenehm und die Natur nimmt Schaden. Es wäre wünschenswert, dass rund um die Liegeflächen Toilettenhäuser installiert werden. Dies gilt im Übrigen auch für die anderen Braunschweiger Parks!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 65

Auf dem Parkplatz, ein paar hundert Meter von der Liegewiese entfernt, ist im Jahre 2004 eine öffentliche Toilette aufgestellt worden. Die Herstellungskosten betragen damals ca. 90.000 €. Bei der Herstellung der Anlage hat sich die Anbindung an die Ver- und Entsorgungsleitungen ziemlich schwierig dargestellt.

Die Aufstellung einer ähnlichen Anlage näher zur Liegewiese wird heute ca. 115.000 € kosten (Preissteigerung). Die Anbindungsmöglichkeiten an die Ver- und Entsorgungsleitungen werden vermutlich noch schwieriger sein (Höhenunterschiede, Entfernung, eventuell Montage einer Hebeanlage) und kann den Gesamtaufwand verdoppeln.

Alternativlösung mobile Sanitäranlagen:

Die Anlagen können mit einem Frischwasser- und Schmutzwassertank ausgestattet werden. Solche Anlagen können gemietet werden (Miete pro Monat, Gesamt inkl. Tanks, ca. 650 €).

Die Kosten für die Aufstellung der Anlage (Gründung, Stromanschluss usw.) kommen noch hinzu.

Für das Betreiben der Anlage werden noch Kosten für Entleerung und Befüllung der Tanks anfallen. Erreichbarkeit des Standortes für Lastwagen muss gewährleistet werden.

Betriebskosten (Reinigung, Energie- und Versorgungskosten usw.) sind noch zu berücksichtigen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	115.000 €					115.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss	Keine Abstimmung erfolgt.				
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

24 Konsequente Orientierung zum Fahrrad als Hauptverkehrsmittel neben dem ÖPNV in Braunschweig

Vorschlags-Nr.: 897 Bewertung: + 1,14 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Schluss mit fehlenden oder alten (nicht mehr funktionierenden) Fahrradstellplätzen, zu schmalen Radwegen (auf denen ein Überholen unmöglich ist) und Fahrradschutzstreifen (bei denen noch mehr Autos zu knapp überholen als sonst).

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Zum Haushalt 2013 wurden einmalig zusätzlich 50.000 € für Fahrradabstellanlagen an ÖPNV-Haltestellen bereit gestellt, die sukzessive aufgestellt werden. Im Übrigen wird die Errichtung und Instandhaltung von Fahrradabstellanlagen mit Mitteln der Straßenunterhaltung finanziert.

Im Rahmen der Deckenerneuerung bzw. Sanierung von Radwegen wird immer versucht, schmale Radwege auf mindestens 2,00 m zu verbreitern. Der Ausbau von Radwegen wird derzeit aus Mitteln für die Straßenunterhaltung vorgenommen.

Schutzstreifen sind ein Instrument der Radverkehrsplanung, das den von Radfahrern benötigten Verkehrsraum am rechten Fahrbahnrand optisch hervorhebt. Radfahrer auf der Fahrbahn sind für viele Autofahrer in Städten noch längst keine Selbstverständlichkeit. Nur die ständige Anwesenheit des Radverkehrs auf der Fahrbahn kann mittelfristig zur Akzeptanz durch Autofahrer führen. Aufgrund der noch geringen Anzahl an Straßen mit Schutzstreifen in Braunschweig kann über das Überholverhalten keine Aussage gemacht werden. In der einschlägigen Literatur finden sich hierzu keine Angaben. Vgl. dazu auch Stellungnahme zu Vorschlag-Nr.: 767 (Rangfolge Nr. 26)

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

25 Sichere Fahrradstraßen schaffen

Vorschlags-Nr.: 825 Bewertung: + 1,14 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Ausgezeichnete Fahrradstraßen auch für Fahrräder sicher befahrbar sanieren. Schlaglöcher und so weiter beseitigen - siehe Sophienstraße!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Sämtliche Straßen in Braunschweig sind einer regelmäßigen Kontrolle unterworfen. Dabei werden Gefahrenstellen wie beispielsweise Schlaglöcher beseitigt. Fahrradstraßen haben hierbei keinen höheren Stellenwert als andere Straßen. Ob in der Sophienstraße ein besonderer Bedarf besteht wird überprüft (und ggf. im üblichen Rahmen bearbeitet).

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

26 Radwegebudget verdoppeln

Vorschlags-Nr.: 767 Bewertung: + 1,13 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Mein Vorschlag ist, die jährlichen Mittel zur Verbesserung der Rad- und Fußwege in der Innenstadt zu verdoppeln.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Es gibt keinen separaten Ansatz, der explizit für die Verbesserung von Rad- und Fußwegen in der Innenstadt vorgesehen ist. Entsprechend ist eine Verdoppelung nicht möglich.

Für den Neubau von Radwegen stehen jährlich 250.000 € im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung. Der Neubau eines bisher nicht vorhandenen Radweges ist von der Instandsetzung oder Verbesserung eines bestehenden Radweges zu unterscheiden. Realistisch umsetzbar zur Verbesserung von Rad- und Fußwegen im Stadtgebiet ist ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 250.000 € jährlich.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €		1.000.000 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über eine Erhöhung des Haushaltsansatz für die Sanierung von Radwegen um 100.000 € empfohlen. (Antrag der SPD)	passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

27 Öffentliche Toiletten für Braunschweig - Mehr einrichten und sauberer halten

Vorschlags-Nr.: 1371 Bewertung: + 1,10 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die wenigen öffentlichen Toiletten sind eine Katastrophe in Braunschweig. Es soll mehr geben und diese auch sauber gehalten werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 65

Im Stadtgebiet Braunschweig sind 19 öffentliche Toiletten vorhanden. Die Reinigung der Anlagen findet wie folgt statt:

Vormittags in der Zeit von ca. 08.00 Uhr – 13.00 Uhr Gründliche Reinigungsarbeiten

Mittags in der Zeit von ca. 13.00 Uhr - 15.00 Uhr Kontrollen und ggf. Reinigung

Ganztägig zusätzliche Reinigungsarbeiten nach Bedarf

Eine Rückfrage beim Ideen- u. Beschwerdemanagement am 14.08.2014 ergab für das Jahr 2013 u. 2014 keine nennenswerten Beschwerden zur Sauberkeit der öffentlichen Toilettenanlagen.

Der Bau einer öffentlichen Toilette kostet je nach Standort, Zuschnitt des Baugrundstücks und den Erschließungsmöglichkeiten mit Wasser, Abwasser und Strom ca. zwischen 60.000 € und 200.000 €.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

28 Radfahrweg Braunschweig-Mascherode Salzdahlum

Vorschlags-Nr.: 934 Bewertung: + 1,09 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Das Radwegenetz von Braunschweig nach Wolfenbüttel verbessern. Es fehlt dringend der Lückenschluss Braunschweig Salzdahlumer Straße (L630) nach Salzdahlum zur Landstraße L631. Die L630 ist sehr gefährlich für Radfahrer, da sie starken Autoverkehr hat. Ab Wolfenbüttel-Salzdahlum nach Wolfenbüttel Salzdahlumer Straße zur L631 (wichtig auch für die Anbindung an die Ostfalia Hochschule, Exter) ist der Radweg schon fertig.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Zwischen dem Land Niedersachsen (vertreten durch die NLStBV, Geschäftsbereich Wolfenbüttel), dem Landkreis Wolfenbüttel, der Stadt Wolfenbüttel und der Stadt Braunschweig wurde eine Vereinbarung über den Bau des Radweges an der L630 zwischen Mascherode und Salzdahlum getroffen. Bei der Stadt Wolfenbüttel und der Stadt Braunschweig stehen entsprechende Haushaltsmittel bereits für 2014 zur Verfügung (5E.660076), beim Land voraussichtlich ab 2015. Der Landkreis Wolfenbüttel beteiligte sich an der Planung und der Bauausführung.

Die Planungen durch ein Büro sowie die Boden- und Umweltgutachten sind bereits weitgehend abgeschlossen. Auf die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens soll verzichtet werden, da eine Einigung mit allen Beteiligten angestrebt wird.

Die Grunderwerbsverhandlungen sollen zeitgleich in den Bereichen Wolfenbüttel und Braunschweig stattfinden.

Die Gremien werden die Planung vorgelegt bekommen, angestrebt wird ein Bau in 2015.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss		passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

29 Fuß- und Radwegverbindung vom Friedrich-Wilhelm-Platz zum Bürgerpark verbessern

Vorschlags-Nr.: 1050 Bewertung: + 1,09 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Der Weg führt bislang entlang der Nord-LB und ist sehr schmal und uneben mit Platten und Pflasterung versehen. Er sollte saniert werden, besser noch gar nicht entlang der Oker unter der Brücke hindurch, sondern direkt über den derzeitigen Parkplatz der Nord-LB mit einer passenden Überführung über die Konrad-Adenauer-Str. zur VW-Halle führen. Dann könnte er auch etwas breiter und besser einsehbar als bislang gestaltet werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 61

Die Verwaltung erarbeitet seit 2011 gemeinsam mit der Grundstückseigentümerin Nord/LB eine gemeinsame Planung für eine Wegebeziehung zwischen dem Friedrich-Wilhelm-Platz und der VW-Halle. Hierzu wurde Ende 2012 ein politischer Grundsatzbeschluss gefasst. Die Ausführung ist in Bauabschnitte untergliedert. Der erste Bauabschnitt ist zur Realisierung in 2015 vorgesehen, sodass nach derzeitigem Stand der Planung Ende 2015 ein attraktiv gestalteter öffentlicher Weg über das Grundstück der Nord/LB führen wird. Die weiteren Bauabschnitte sollen in den Folgejahren realisiert werden. Haushaltsmittel von insgesamt 700.000 € sind bereits im Haushalt eingeplant.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

30 Ampelschaltung für Fußgänger auf Berliner Straße verbessern

Vorschlags-Nr.: 1353 Bewertung: + 1,07 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Wir haben eine 9 monatige Tochter und sind daher viel mit dem Kinderwagen unterwegs. Da wir dicht an den Kreuzteichen bzw. auch dicht am Wabeufer wohnen, gehen wir dort oft spazieren. Um dort hin zu gelangen, müssen wir mal hier und mal dort die Berliner Straße überqueren. Dort ist es dann immer ein regelrechter Sprint um die Straße komplett zu überqueren. Meistens schaffen wir es dann aber nicht. Somit müssen wir in der Mitte, also bei den Straßenbahngleisen stehenbleiben. Und es ist nicht schön, wenn man mit einem Kinderwagen mitten zwischen den fahrenden Autos stehenbleiben muss und gleichzeitig auch noch eine Straßenbahn kommt. Ich denke aber auch an Eltern mit Kindern, die zwischen den fahrenden Autos und der Straßenbahn stehen. Es wäre echt toll, wenn die Ampelschaltung auf der kompletten Berliner Straße so geschaltet würde, dass man von beiden Seiten ohne Probleme die Straße überqueren kann. Ich schätze mal, wenn es 10 Sekunden mehr wären, würde das ausreichen. 10 Sekunden auch für die Sicherheit.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Berechnung der Steuerung ist nach den gültigen Vorschriften (Richtlinien für Lichtsignalanlagen) erfolgt. Fußgänger müssen zügig die Fahrbahnen überqueren und können innerhalb der Grünzeit bei einer mittleren Gehgeschwindigkeit die Fahrbahn zur Hälfte passieren. In der Regel sind die Furten so koordiniert, dass das Überqueren der gesamten Fahrbahn einschl. Gleisbereich möglich ist. Eine Überprüfung sämtlicher im Zuge der Berliner Straße befindlichen Lichtsignalanlagen hinsichtlich der Koordinierung der Fußgängerquerungen müsste aus zeitlichen Gründen an ein externes Ingenieurbüro vergeben werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	10.000 €					10.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

31 Schwimmbad Gliesmarode erhalten

Vorschlags-Nr.: 1119 Bewertung: + 1,06 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Das Schwimmbad Gliesmarode soll erhalten bleiben.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 67

Gemäß Ratsbeschluss wurde das Schwimmbad Gliesmarode nach Eröffnung der Wasserwelten an der Hamburger Straße im Juli 2014 geschlossen. Aktuell besteht am Weiterbetrieb des Schwimmbades Gliesmarode ein Investoreninteresse von dem Unternehmer, Herrn Knapp, mit dem ein Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen wurde.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Sportausschuss	Der Ausschuss stellt fest, dass sich der Vorschlag zum Erhalt des Schwimmbades Gliesmarode durch den geschlossenen Erbbaurechtsvertrag erledigt hat und fasst keinen Beschluss.				
Finanz- und Personalausschuss					

32 Familien- oder Gruppentarif im Schwimmbad einführen

Vorschlags-Nr.: 1306 Bewertung: + 1,06 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es ist nicht nur wichtig, dass Kinder Schwimmen lernen, sie müssen auch die Gelegenheit haben, das Schwimmen zu trainieren. Das fördert die Sicherheit, die Gesundheit und Bewegungsfreude. Mit Kindern regelmäßig schwimmen zu gehen, ist für kinderreiche Familien, auch wenn sie kein Anrecht auf den Braunschweig-Pass haben, eine Investition, erst recht in der neuen Wasserwelt. Hier muss eine für alle erschwingliche Lösung gefunden werden, was sicher auch die Besucherzahlen steigern würde.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Statt Familien- oder Gruppentariifen bietet die Stadtbad GmbH BonusCards (Sportbad Heidberg, BürgerBadePark, Sommerbad Bürgerpark, Sommerbad Raffteich) bzw. VIP-Transponder (Wasserwelt) an. Für beide gilt, dass sie nicht personengebunden sind und man mit mehreren Personen das Bad/die Sauna nutzen kann und Vergünstigungen beim Eintrittsentgelt bekommt: BonusCard 50 € = Bonus 10 %, 100 € = Bonus 15 %, 150 € = Bonus 20 %. VIP-Transponder 100 € = Rabatt 10 %, 200 € = Rabatt 15 %, 300 € = Rabatt 20 %.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

33 Protokollierung der Einwohnerfragen bei Bezirksratssitzungen

Vorschlags-Nr.: 1600 Bewertung: + 1,04 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Bei vielen Sitzungen der Stadtbezirksräte werden sogenannte Einwohnerfragestunden abgehalten, bei denen Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Stadtbezirks Fragen stellen können. Diese Fragen und vor allem die Antworten des Stadtbezirksrates finden sich leider nicht in den Protokollen der Sitzungen wieder. Daher können zum Einen die Fragenden später nicht direkt nachvollziehen, ob ihre Frage aufgenommen und gegebenenfalls weiter behandelt wurde. Zum Anderen können Außenstehende, die möglicherweise nicht anwesend waren, nicht erfahren, welche konkreten Fragen aus den Reihen der Einwohnerinnen und Einwohner kamen und wie sie seitens des Stadtbezirks verhandelt worden sind.

Daher rege ich an, auch die Inhalte der Einwohnerfragestunden zu protokollieren, gegebenenfalls stichpunktartig oder als Ergebnisprotokoll.

Dieses Vorgehen ist seitens der Geschäftsordnung vermutlich nicht vorgesehen und hat daher auch keinen rechtsbindenden Charakter. Es wird aber die unbürokratische Offenheit des jeweiligen Stadtbezirksrates für seine Einwohner zeigen und eindrucksvoll demonstrieren, dass die Fragen und Belange der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 10

Die Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen Stadtbezirks könnten entsprechend § 26 der Geschäftsordnung des Rates (GO) berechtigt werden, eine Frage zu einem Beratungsgegenstand oder zu einer anderen bezirklichen Angelegenheit spätestens bis 9:00 Uhr des letzten Arbeitstages vor der Bezirksratssitzung schriftlich der jeweils zuständigen Bezirksgeschäftsstelle zuzuleiten. Im Übrigen könnten hinsichtlich der qualitativen und quantitativen Vorgaben die Regelungen des § 26 GO auf die Bezirksratssitzungen übertragen werden.

Fragen und darauf gegebene schriftliche Antworten wären dann als Anhang zum Protokoll zu dokumentieren und könnten nach der erfolgten Genehmigung und Veröffentlichung des Protokolls über das Internet eingesehen werden. Eventuelle Antworten auf Zusatzfragen wären nachgehend zu verschriftlichen. Fragesteller und andere Interessierte könnten demnach Fragen und Antworten lückenlos nachvollziehen.

Der durch das Verfahren im FB 10 Zentrale Dienste und darüber hinaus entstehende zusätzliche personelle Aufwand kann nicht beziffert werden. Einerseits müssten die schriftlich eingereichten Fragen von den zuständigen Organisationseinheiten i. d. R. im Zeitraum von 24 Stunden rechtzeitig vor Sitzungsbeginn beantwortet werden, andererseits könnte es im Einzelfall als erforderlich angesehen werden, zur Beantwortung von Zusatzfragen fachkundige Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Antwort gebenden Organisationseinheiten hinzuzuziehen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat Südstadt-Rautheim-Mascherode		12	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Viewegsgarten-Bebelhof		14	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Timmerlah-Geitelde-Stiddien		6	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Weststadt		13	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Lehndorf-Watenbüttel		7	4	2	angenommen
Stadtbezirksrat Wenden-Thune-Harxbüttel		9	0	0	angenommen
Stadtbezirksrat Hondelage		0	7	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Volkmarode		0	8	1	abgelehnt
Stadtbezirksrat Wabe-Schunter-Beberbach		0	15	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Schunteraue		0	5	3	abgelehnt

Haushaltslesung 2015 - Bürgerhaushalt

Anlage 6 - Teil 3

21.01.2015

Stadtbezirksrat Rünigen		0	7	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Veltenhof-Rühme		0	9	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Östliches Ringgebiet		0	15	4	abgelehnt
Stadtbezirksrat Broitzem		0	7	0	abgelehnt
Stadtbezirksrat Innenstadt		0	10	1	abgelehnt
Stadtbezirksrat Stöckheim-Leiferde	Abstimmung findet am 22. Januar 2015 statt.				
Stadtbezirksrat Lehndorf-Watenbüttel	Abstimmung findet in der nächsten Sitzung statt.				
Stadtbezirksrat Heidberg-Melverode	Abstimmung nicht gewünscht.				
Stadtbezirksrat Westliches Ringgebiet	Es wurde nicht abgestimmt.				
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

34 Umbau zur Fahrradstadt

Vorschlags-Nr.: 700 Bewertung: + 1,04 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Braunschweig lädt eigentlich zum Radfahren ein: kurze Wege, viel Grün - nur die Verkehrswegeplanung bevorzugt immer noch den motorisierten Verkehr. Es soll geprüft werden, ob Braunschweig sich am Beispiel Münster orientieren kann und ein Umbau zur Fahrradstadt verbindlich verankert werden kann.

Informationen über Münster gibt es z. B. hier: www.wikipedia.org/wiki/Fahrradstadt_M%C3%BCnster

Zur Beratung sollen Experten vom ADFC hinzugezogen werden, die die Situation in Braunschweig genau kennen. www.adfc-braunschweig.de

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Im Vergleich mit vielen anderen Städten vergleichbarer Größe ist Braunschweig für Radfahrer durchaus eine freundliche Stadt. Der pauschale Wunsch, es Münster gleichzutun und Braunschweig zu einer Fahrradstadt umzubauen, ist haushaltsmäßig nicht zu erfassen. Hierzu bräuchte es zunächst einen Ratsbeschluss und ein Konzept zur massiven Förderung des Radverkehrs hin zu einer Fahrradstadt. Daraus resultierende Maßnahmen können dann auch finanziell beurteilt werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

35 Kostenlose öffentliche Toiletten im Schloß einführen

Vorschlags-Nr.: 1343 Bewertung: + 1,04 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es soll eine kostenlose, öffentliche Toilette im oder am Schloss geben. Ich finde es peinlich, dass eine Stadt wie Braunschweig, die mit ihren Einkaufsmöglichkeiten wirbt, ihren Einkaufsbesuchern nicht einmal die Möglichkeit gibt, umsonst und ohne eine Schranke auf Toilette zu gehen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 20

Das Schloss mit dem angrenzenden Einkaufszentrum ist nicht Eigentum der Stadt Braunschweig. In den von der Stadt angemieteten Bereichen des Schlosses (z.B. Bibliothek und Schlossmuseum) befinden sich für die Besucher kostenfreie Toiletten. Toiletten in Einkaufszentren oder Kaufhäusern sind in der Regel kostenpflichtig. Dies gilt auch für die öffentlichen Bedürfnisanlagen der Stadt, für deren Betrieb im Jahr rund 200.000 € aufgewendet werden, denen aber nur ca. 14.500 € Einnahmen gegenüber stehen. Die Benutzungsgebühr wurde 2001 im Rahmen des vom Rat beschlossenen Sanierungskonzeptes festgelegt und dient auch als Hemmschwelle gegen Vandalismus. Für Männer gibt es in der Nähe des Schlosses am Theater ein kostenfreies Urinal. Die nächste kostenpflichtige öffentliche Toilette befindet sich am Rathaus in der Dankwardstraße.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

36 Kostenlose Kleiderkammer in Braunschweig wieder einführen

Vorschlags-Nr.: 1618 Bewertung: + 1,04 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Unter der "Stadtregierung" von Oberbürgermeister Hoffmann, wurden etliche soziale Einrichtungen der Stadt Braunschweig geschlossen! Unter anderen die "kostenlose Kleiderkammer" in der Petzvalstraße, in dem Gebäude, der Behinderten Werkstätten. Das System war gut installiert und funktionierte sehr gut.
 Unten in dem Gebäude, war eine riesige Holzkiste, in der Kleidung und Textilien, aber auch Gebrauchsgegenstände des täglichen Alltags gespendet werden konnten. Dieses war vielen Braunschweigern bekannt und es wurde fleißig gespendet, da es direkt an mittellose Bürger, der Stadt Braunschweig ging!
 Die Kleidung wurde von Festangestellten oder „1 Euro Jobbern“ in die erste Etage gebracht, wo der Tauschraum gewesen ist. Nach Vorlage eines Hartz 4 Bescheides/Grundsicherungsamt oder als gering Verdienende, musste man den Arbeitsbescheid vorlegen, dann bekam man eine persönliche Karte, auf dieser wurde eingetragen, was man in einem Quartal bekommen konnte und was davon schon abgeholt wurde.
 Das ganze war kein „Sozialschmarotzen“, wie ein SPD Ratsherr mutmaßte, als es um die Abschaffung der Kleiderkammer, im Rat der Stadt Braunschweig, ging. Vielmehr kam dieses System Alleinerziehenden zugute. Denn ein großer Teil waren Kindersachen! Und Alleinerziehende sind, und das müsste eigentlich mittlerweile allen bewusst geworden sein, die ersten Leidtragenden, wenn es um Armut geht!
 Und die 2. Gruppe die Nutznießer dieser Kleiderkammer, waren die Menschen, die aus welchen Gründen auch immer keinen Hausstand hatten und Ihre Wohnung mit den Lebens nötigsten bestücken mussten. Zum Beispiel waren auch immer auch wieder Menschen dort, die von der Straße kamen und sich einen neuen Haushalt ausstatten mussten.
 Wenn dieses alte System nicht wieder reaktiviert werden kann. Könnte man es auch gegen eine geringfügige Spende machen! Dann wäre es kostenneutral, aber die Stadt Braunschweig in der "Prä Hoffmann" Zeit wieder etwas sozialer!
 Wichtige Anmerkungen: Die meisten denken es gibt schon das „Sozialkaufhaus/ Fairkauf“ <http://www.lebenshilfe-braunschweig.de/index.php?id=207> in der Innenstadt, wieso brauchen wir zusätzlich noch eine Kleiderkammer? In den Sozialkaufhaus können alle einkaufen gehen, das heißt auch gut verdienende Mitmenschen, gehen gerne mal hin, um ein "Schnäppchen" zu machen!
 Die Kleiderkammer ist aber direkt, mit Nachweis, ohne Geld, für arme Menschen gewesen. Und jeder konnte ohne Geld, das nötigste zum Leben bekommen. Wenn eine Jeans zum Beispiel gebraucht wurde, aber man hatte das Kontingent von einer Hose schon bekommen, aber man konnte sie sich "leisten" konnte man diese zusätzlich Hose kaufen. Oder es waren auch bei "der Kleiderkammer der Stadt Braunschweig" Menschen am Einkaufen, die genug Geld hatten, aber wie im "Sozialkaufhaus/ Fairkauf" mal ein "Schnäppchen" machen wollten.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 50

Der Kleidershop in der Petzvalstraße 50 a wurde im Zuge der Veränderung in der Förderungsstruktur des Sozialgesetzbuches II/III zum 31. Dezember 2010 geschlossen. Die Räumlichkeiten wurden anderen Nutzungen zugeführt. Davor wurden dort unter Anleitung von städt. Kräften EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten beschäftigt und qualifiziert. Die Beschäftigungsförderung der Stadt wurde ab 1. Januar 2013 aufgrund des Ratsbeschlusses vom 19. Juni 2012 auf die Volkshochschule Arbeit und Beruf GmbH übertragen. Die Räume der Petzvalstraße werden nunmehr von der VHS Arbeit u. Beruf GmbH für andere Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte genutzt, so dass es zurzeit nicht möglich ist, diese Räumlichkeiten wieder für einen Kleidershop zur Verfügung zu stellen. Auch andere Räume stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommt, dass für den Wiederaufbau eines derartigen Beschäftigungsprojektes auch über die städt. Gesellschaft die gesetzl. Rahmenbedingungen des SGB II erfüllt sein müssten, was sich derzeit sehr schwierig darstellt, insbesondere da andere gleichartige Angebote wie das beschriebene Sozialkaufhaus, aber auch Angebote der Diakonie, des DRK etc. vorhanden sind. Eine Kostenneutralität kann nicht erreicht werden, selbst mit erheblichen Fördermitteln Dritter ist - wie bei jeder Förderung - ein Eigenanteil der Stadt bzw. der VHS bereit zu stellen. Eine Umsetzung des Vorschlags wird daher nicht befürwortet. Die nachfolgende Darstellung von möglichen Kosten ist sehr vage anzusehen und hängt von vielen derzeit nicht zu klärenden Faktoren ab.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	200.000 €					200.000 €
Laufende Kosten	150.000 €	156.000 €	163.000 €	170.000 €		639.000 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		2	4	5	abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					

37 Viel genutzte Radwege befestigen

Vorschlags-Nr.: 877 Bewertung: + 1,04 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Vorhandene sandige oder geschotterte Radwege könnten mit Straßenbelägen befestigt werden - gepflastert, geteert oder ähnlich - rund um den Südsee:

- Bürgerpark
- Ringleis
- Siechenholzweg
- Möncheweg auf der Seite des Neubaugebietes
- Riddagshausen, ausgewählte Wege
- und so weiter

Der ADFC könnte sicher beraten und weitere wesentliche "Radrouten" in, um und durch Braunschweig nennen, die die Radnutzung fördern würden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Grundsätzlich ist die Herstellung einer anderen Oberfläche der genannten Wege möglich. Für jede Maßnahme müsste im Einzelnen geprüft werden, ob eine Veränderung sinnvoll ist, hierbei spielen wesentlich ökologische Gründe eine Rolle, da eine vollständige Versiegelung der Flächen weitere Maßnahmen mit sich bringt. Für einen lfd. Meter Asphaltierung wäre mit ca. 200 € zu rechnen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über eine Erhöhung des Haushaltsansatz für die Sanierung von Radwegen um 100.000 € empfohlen. (Antrag der SPD)				passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

38 Freiraum für Musik

Vorschlags-Nr.: 1056 Bewertung: + 1,04 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In Braunschweig gibt es seit vielen Jahren verschiedene Künstler, die im öffentlichen Raum kostenlose Tanzveranstaltungen organisieren. Diese nicht kommerziellen open airs gleichen winzigen Festivals und werden mit sehr viel Mühe und Liebe zum Detail angeboten.

Die Erfahrung zeigt, dass der Großteil dieser Veranstaltungen keine Lärmbelästigung verursachen und die Veranstalter im Anschluss die Flächen in einem tadellos sauberen Zustand hinterlassen. Die Besucherzahlen schwanken zwischen 50 und 200 Personen.

Da diese open airs frei zugänglich sein sollen, also kostenlos sind, werden die Kosten meistens gerade so durch Spenden und die Pfandrückgabe gedeckt.

Daher ist es meist nicht möglich, diese Art der Veranstaltung offiziell anzumelden. Hierfür fehlt schlicht das Geld.

Der Vorschlag lautet:

Die Stadt Braunschweig definiert Flächen, die nach Absprache zur kostenlosen Nutzung bereitgestellt werden. Die namentlich bekannten Veranstalter garantieren, nicht nach kommerziellen Prinzipien zu handeln, freien Zugang zu gewähren und bürgen darüber hinaus für die Sauberkeit des Platzes.

Die Stadt stellt oder installiert Toiletten und erhöht die Dichte der Mülleimer. Eine befestigte Grillstätte wäre eine sinnvolle Ergänzung.

Der Vorteil dieser Lösung wäre, dass es klar definierte Orte gibt, die als unkompliziert bekannt sind. Die Veranstalter müssten nicht an ständig neue, möglicherweise problematische Orte ziehen, um einer Überstrapazierung der Flächen oder Anwohner zu entgehen.

Des Weiteren könnte man diese Art der Veranstaltung mehr Menschen zugänglich machen, die auf den bisherigen Wegen nicht davon erfahren können.

Außerdem sinkt die Hemmschwelle, selbst aktiv zu werden und so die Szene und das Stadtbild durch die eigene Kreativität zu bereichern.

Es gibt in der Szene einen großen Kreis erfahrener Personen, die zum Dialog bereitstehen und konkrete, einfach umzusetzende Vorschläge haben.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 20

Im Stadtgebiet gibt es eine Vielzahl von Festplätzen, die im Rahmen klar definierter Auflagen, insbesondere zum Lärmschutz angrenzender Wohngebiete, für Veranstaltungen gegen eine Nutzungsgebühr überlassen werden können. Flächen im Stadtgebiet, die auflagenfrei zur Verfügung gestellt werden könnten, stehen im städtischen Eigentum nicht zur Verfügung. Weil es aber offenbar einen Bedarf für kleinere, nicht kommerzielle Open Air-Musik- und Tanzveranstaltungen gibt, prüft die Verwaltung derzeit, ob dafür eine Fläche ausgewiesen und mit den notwendigen Auflagen zur Verfügung gestellt werden kann. Unabhängig davon, wird der Bürgervorschlag so verstanden, dass die Fläche permanent bereitgestellt werden soll. Dies würde den Bau einer Toilettenanlage erfordern, deren Herstellungskosten ohne die später erforderliche Unterhaltung und Reinigung im sechsstelligen Bereich liegen würden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

39 Veranstaltungszentrum für Konzerte mittlerer Größe und Disco schaffen

Vorschlags-Nr.: 855 Bewertung: + 1,03 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Da die Meier Music Hall in ein paar Monaten schließen soll, benötigt die Stadt ein neues Veranstaltungszentrum für Konzerte mittlerer Größe und Disco, die nicht nur Charts spielt, sondern auch die anderen Musikgenres. Sonst geht hier ein Teil Kulturszene flöten und Braunschweig ist nicht mehr ein so attraktiver Anziehungspunkt. Ein Treffpunkt für das "mittlere Alter" würde auch fehlen. Ich wüsste nicht mehr, wohin.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 41

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 17. Dezember 2013 den Beschluss gefasst, für den Teilbereich Soziokultur und andere in den moderierten Konsultationen angesprochene Bereiche der freien Kunst- und Kulturszene ein Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Hierzu sollte lt. Beschluss des Rates eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, der neben Vertretern der Verwaltung Ratsmitglieder und externe Sachverständige angehören.

Der Ratsbeschluss beinhaltet u.a. auch, dass basierend auf den Ergebnissen der moderierten Konsultationen und den bisherigen Ausarbeitungen der Verwaltung „Vorschläge für Maßnahmen zur Abdeckung der im Entwicklungskonzept formulierten Bedarfe, die nicht im Rahmenkonzept für das soziokulturelle Zentrum berücksichtigt werden können“, entwickelt werden.

Im Juni 2014 hat sich auf der Basis des o.a. Ratsbeschlusses eine unter der Leitung der Kulturpolitischen Gesellschaft moderierte Arbeitsgruppe zusammengefunden, bestehend aus u.a. externen Sachverständigen der Theater- und Musikszene sowie politischen Vertretern und Vertretern der Verwaltung. Die Arbeitsgruppe berät und unterstützt die Verwaltung bei der Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts. Im Herbst 2014 wird das Entwicklungskonzept Soziokultur inkl. Rahmenkonzept den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt. Diese Entscheidung bleibt zunächst abzuwarten. Unabhängig von der Entscheidung wurden bereits für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 jeweils 2.500.000 € veranschlagt.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten			2.500.000 €	2.500.000 €		5.000.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	Die Ausschussmitglieder enthalten sich. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat am 9. Dezember 2014 im Sinne des eingereichten Bürgervorschlags Nr. 39 ein Entwicklungskonzept Soziokultur beschlossen. Die Arbeiten daran werden fortgesetzt.				
Finanz- und Personalausschuss					

40 Radweg Braunschweiger Straße sanieren

Vorschlags-Nr.: 1472 Bewertung: + 1,03 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Der Radweg der Braunschweiger Straße in Rautheim hat viele Schlaglöcher und ist sehr uneben. Daher wird er auch immer mehr zum Unfallschwerpunkt. Der Radweg soll deshalb saniert werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Kosten für die Instandsetzung des Radweges an der Braunschweiger Straße werden auf ca. 130.000 € geschätzt.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	130.000 €					130.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über eine Erhöhung des Haushaltsansatz für die Sanierung von Radwegen um 100.000 € empfohlen. (Antrag der SPD)				passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

41 Zugänglichkeit zu öffentlichen Toiletten verbessern

Vorschlags-Nr.: 1282 Bewertung: + 1,02 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es gibt in Braunschweig kaum Möglichkeiten zur Nutzung von Toiletten. Die Nutzung ist oft an Kaufzwang oder Codes gebunden; öffentliche Toiletten müssen oft und lang gesucht werden. Es soll daher mehr und besser ausgewiesene öffentliche Toiletten geben.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 65

Im Stadtgebiet Braunschweig sind 19 öffentliche Toiletten vorhanden. Die Reinigung der Anlagen findet wie folgt statt:

Vormittags in der Zeit von ca. 08.00 Uhr – 13.00 Uhr	Gründliche Reinigungsarbeiten
Mittags in der Zeit von ca. 13.00 Uhr - 15.00 Uhr	Kontrollen und ggf. Reinigung
Ganztägig	zusätzliche Reinigungsarbeiten nach Bedarf

Eine Rückfrage beim Ideen- u. Beschwerdemanagement am 14.08.2014 ergab für das Jahr 2013 u. 2014 keine nennenswerten Beschwerden zur Sauberkeit der Öffentlichen Toilettenanlagen.

Die im öffentlichen Raum befindlichen Hinweisschilder zu Sehenswürdigkeiten könnten nach Prüfung durch FB 66 um entsprechende Informationen zu öffentlichen Toiletten ergänzt werden (derzeit geschätzte Kosten: rd. 5.000 EUR).

Seitens des Stadtmarketings wird überprüft, ob die Aufnahme von Standorten für öffentliche Toiletten in den von der Stadtmarketing GmbH betreuten Medien (Printmedien unter Internet) aufgenommen werden kann. Desweiteren wird geprüft, ob durch FB 61 in der Stadtkarte des Internets ein Hinweis gegeben werden kann.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

42 Nachtverkehr bei Bussen und Bahnen wieder einführen

Vorschlags-Nr.: 865 Bewertung: + 1,02 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Nachtverkehr bei Bussen und Bahnen dringend wieder einführen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Da Nachtverkehre in der Vergangenheit nur an den Wochenenden durchgeführt wurden, wird davon ausgegangen, dass mit dem o. g. Antrag auch nur die Wiedereinführung an Wochenenden (Fr./Sa. bzw. Sa./So.) gemeint ist. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat am 23. September 2014 die Einführung eines Nachtlinienverkehrs am Wochenende - zunächst probeweise für ein Jahr - zu Beginn des Winterhalbjahres 2014/2015 beschlossen. Hierdurch wird das komplette Netz der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (23 Linien) ab Ende November 2014 in der Nacht von Freitag auf Sonnabend und in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag rund um die Uhr bedient. Die Kosten für den Probetrieb belaufen sich auf 438.000 €.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

43 Parks erhalten

Vorschlags-Nr.: 1120 Bewertung: + 1,01 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Parks, Grünflächen und Blumen sollen erhalten bleiben.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 67

Die Parkanlagen, Grünflächen und Wechselbepflanzungen im Braunschweiger Stadtgebiet werden nach vorliegenden Konzepten gepflegt und erhalten. Eine Überplanung oder Überbauung der Anlagen ist derzeit nicht bekannt oder beabsichtigt. Der Bürgervorschlag wird als eine Art "Leitbild" für die Verwaltung interpretiert; allerdings handelt die Verwaltung auch bisher schon so.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss		7	4	0	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

44 Wartezeit an Fußgänger-Bedarfsampeln maximal 30 Sekunden

Vorschlags-Nr.: 1645 Bewertung: + 1,00 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

An vielen Fußgängerampeln, bei denen man per Druckknopf Grünlicht anfordert, ist die anschließende Wartezeit entschieden zu lang. Die maximale Wartezeit sollte allerhöchstens 30 Sekunden betragen; bei allem, was darüber hinaus geht, ist die Gefahr gegeben, dass das Rotlicht nicht mehr ernstgenommen wird. Außerdem sollten die Grünphasen für Fußgänger länger geschaltet werden, denn es kann eigentlich nicht sein, dass man eine Straße einschließlich Mittelstreifen (trotz schnellen Schrittes) oftmals nicht in einer Grünphase überqueren kann.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

In Abhängigkeit von der Funktion der Lichtsignalanlage (LSA) werden reine Fußgänger-LSA bei Anforderung bereits mit minimalen Wartezeiten geschaltet. Bei Kreuzungsanlagen sind die Vorgaben aus dem Verkehrsnetz (Grüne Wellen) bzw. Freigabezeiten und Sicherheitszeiten der querenden Verkehre bei der Berechnung der Steuerung zu berücksichtigen. Die Grünzeiten für Fußgänger müssen gemäß den Berechnungsvorschriften mind. so lang sein, dass die halbe Fahrbahn überquert werden kann. Anschließend laufen Sicherheitszeiten ab, in denen Fußgänger die Fahrbahn queren können, bevor der Querverkehr einsetzt. An großen Kreuzungen mit mehreren zu überquerenden Fahrspuren können die Grünzeiten leider nicht verlängert werden. Bei Neuplanungen werden die Grünzeiten für Fußgänger/ Radfahrer auf das Maximum verlängert.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

45 Fahrradfahrerrechte in der Südstraße besser kenntlich machen

Vorschlags-Nr.: 1592 Bewertung: + 1,00 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: 500 € Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Südstraße ist zum Teil eine Einbahnstraße, die aber in beiden Richtungen für Fahrradfahrer freigegeben ist, was auch mit Verkehrsschildern gekennzeichnet ist. Dennoch befindet sich der Großteil der entgegenkommenden Autos im Glauben, dass man als Radfahrer unerlaubt in der Einbahnstraße (entgegengesetzt) fährt. Dies wird durch Hupen, Kopfschütteln oder andere beleidigende Gesten oder Sprüche deutlich gemacht. Hier ist eine deutlichere Kennzeichnung nötig, damit Fahrradfahrer diesen Weg unbeschwerter nutzen können.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Der bisherige Radweg entgegen der alten Einbahnrichtung, auf der Nordwest-Seite der Südstraße wird aufgrund der neuen Einbahnrichtung nicht mehr benötigt. Hier dürfen Pkw jetzt halbhoch parken. Die meisten Autofahrer erkennen dies nicht. Daher wird dort eine deutlichere Markierung aufgebracht werden. Ziel ist es, die nutzbare Fahrbahn um ca. 1 m zu verbreitern, um Konflikte zwischen Autofahrern und entgegenkommenden Radfahrern gar nicht erst entstehen zu lassen. Weitere Markierungen (z. B. Schutzstreifen) sind nicht vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

46 Abgesenkte Bordsteine an allen Fußgängerwegen schaffen

Vorschlags-Nr.: 1228 Bewertung: + 1,00 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Stadt soll alle Fußgängerwege mit abgesenkten Bordsteinen erstellen.
Die hohen Bordsteine sind besonders am Rudolfplatz gefährlich. Dort können Radfahrer in beide Richtungen fahren, Rollstuhlfahrer müssen jedoch auch die Radwege zum Überqueren der Straßen nutzen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Grundsätzlich werden Gehweg-Übergänge auf 2-3 cm abgesenkt, Radwege auf 0 cm. Eine Bordabsenkung wird auf ca. 1.500 € veranschlagt. Die Situation am Rudolfplatz wurde überprüft. An 16 Stellen müssten die Borde abgesenkt werden. Daraus ergäbe sich allein für den Rudolfplatz eine Summe von 24.000 €.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	24.000 €					24.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

47 Radwege verdoppeln

Vorschlags-Nr.: 1331 Bewertung: + 0,99 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Ich schlage vor, die jährlichen Investitionen für Rad- und Fußwege zu verdoppeln!
Fast 25 % fahren schon Rad in der Stadt oder gehen zu Fuß. Hier besteht erhöhter Handlungsbedarf!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Für den Neubau von Radwegen stehen jährlich 250.000 € im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung. Der Neubau eines bisher nicht vorhandenen Radweges ist von der Instandsetzung oder Verbesserung eines bestehenden Radweges zu unterscheiden. Realistisch umsetzbar zur Verbesserung von Rad- und Fußwegen im Stadtgebiet ist ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 250.000 € jährlich. Vgl. dazu auch Stellungnahme zu Vorschlag-Nr.: 767 (Rangfolge Nr. 26)

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Der Bauausschuss hat dem Rat den Beschluss über eine Erhöhung des Haushaltsansatz für die Sanierung von Radwegen um 100.000 € empfohlen. (Antrag der SPD)				passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

48 Ampeln nachts ausschalten - Zum Beispiel am Ortseingang Dibbesdorf

Vorschlags-Nr.: 1375 Bewertung: + 0,99 Wirkung: Sparidee Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Viele Ampeln in Braunschweig werden nachts bereits ausgeschaltet. Es soll geprüft werden, ob das bei noch weiteren Ampeln geschehen kann, ohne Sicherheit einzubüßen. So zum Beispiel am Ortseingang Dibbesdorf.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

In den VwV - StVO zu § 37 "Wechsellichtzeichen, Dauerlichtzeichen und Grünpfeil" Abs. 14 dürfen Lichtsignalanlagen nur in Ausnahmefällen nach eingehender Prüfung der Verkehrssicherheit nachts ausgeschaltet werden. In Abstimmung mit Polizei, Verkehrssicherheitsberater und Verkehrsbehörde wurden zahlreiche Lichtsignalanlagen (LSA) im Stadtgebiet nachts oder an Sonn- und Feiertagen ausgeschaltet. Die LSA am Ortseingang Dibbesdorf ist in der Zuständigkeit des Landes Niedersachsen (NLStBV).

Sollte der Vorschlag durch den Rat angenommen werden, wird der Vorschlag an das Land Niedersachsen weitergeleitet.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

49 Eine Markthalle für Braunschweig

Vorschlags-Nr.: 728 Bewertung: + 0,99 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die ehemalige Markthalle zwischen Hagenmarkt und Großer Hof wurde leider Anfang der 70er Jahre abgerissen. Der Platz steht seitdem leer und dient als Parkplatz. Viele Braunschweiger sehnen sich nach einer neuen Markthalle, in der täglich frische Lebensmittel und regionale Waren eingekauft werden können. Ein gastronomisches Angebot würde die Markthalle abrunden. Mit einer Markthalle lassen sich mehrere Bedarfe decken:
 Von Montag bis Freitag könnte die Markthalle als Marktplatz dienen.
 Samstag wäre ein regionaler Kleinkunsthandel eine Bereicherung für die Innenstadt.
 Und Sonntag wäre ein guter Tag für Flohmärkte.
 Besonders für die Wochenendmärkte ist der Standort ideal, weil er in der Nähe der neuen Jugendherberge liegt und für Touristen attraktiv ist.
 Die Kosten für den Neubau einer Halle amortisieren sich schnell durch Standmieten.
 Wenn die Halle auf der Mitte des Platz errichtet wird, können die Graffiti-Wände erhalten bleiben. Eine kleine Bühne in der Halle kann für Konzerte und weitere Veranstaltungen genutzt werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): StS 0800

Zur Ansiedlung einer Markthalle gab es in Braunschweig bereits mehrere Initiativen. Eine Expertise zum Betrieb von Markthallen besteht in der Stadtverwaltung selbst nicht. Entsprechend wurde die Rücksprache mit dem 1. Vorsitzenden der Braunschweiger Marktkaufleute e. V. gesucht. Dort besteht ein starkes Interesse zur Bespielung einer Markthalle mit der Ausrichtung „Vielfalt, Frische, Bio und Regionalität“. Das Potential und Interesse der Braunschweiger wie auch des Umlandes wird bei einer entsprechenden überregionalen Vermarktung als groß eingeschätzt. Eine Markthalle werde zudem nicht unmittelbar in Konkurrenz zu den existierenden Wochenmärkten treten, auch wenn eine gewisse Umverteilung zu erwarten sei. Eine Überprüfung dieser Annahmen zur Kundenakzeptanz sowie Abschätzungen zu Investitionsvolumen und Wirtschaftlichkeit müssten durch Experten erfolgen. Aktuell ist der Verwaltung eine finanzwirksame Bewertung nicht möglich.

Aus Sicht der Marktkaufleute sollte der Verkauf von Lebensmitteln / regionalen Produkten von Montag bis Samstag stattfinden, da für den Verkauf der Samstag als besonders wichtig bewertet wird. Eine regelmäßige Zwischennutzung und anderweitige Bespielung der Markthalle wird aufgrund des Aufwands zum Auf- und Abbau der Stände nicht befürwortet. Jedoch werden ergänzende Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität, wie beispielsweise musikalische Aufführungen während der Marktzeiten positiv bewertet.

Sowohl die Relevanz der Nähe zur neuen Jugendherberge als auch die touristische Bedeutung werden aufgrund des durchschnittlich höheren Preisniveaus von Markthallen und der ungeeigneten Lage (geringe Fußgängerfrequenz, schlechte Erreichbarkeit ÖPNV, PKW) als nicht ausreichend bewertet. Durch eine Überbauung der vorhandenen Parkfläche auf dem Gelände der alten Markthalle, würde sowohl der aktuell genutzte Parkraum für den bestehenden Einzelhandel, Gewerbebetriebe und die Anwohner verloren gehen, als auch kein Parkraum für die Fahrzeuge der Markthallenbesucher und Händler, die Platzbedarf für Lieferfahrzeuge haben, zur Verfügung stehen.

Aus den oben genannten Gründen wird der Vorschlag zu Errichtung und Betrieb einer Markthalle auf dem Grundstück der alten Markthalle als nicht sinnvoll eingeschätzt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt können erst nach Vorliegen eines Gesamtkonzepts bewertet werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Bezugnehmend auf den Standort ehem. Markthalle / Großer Hof.	0	9	1	abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					

50 Braunschweig barrierefrei gestalten

Vorschlags-Nr.: 1015 Bewertung: + 0,99 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es ist leider kaum möglich, die Braunschweiger Innenstadt mit Menschen zu besuchen, die bewegungseingeschränkt sind. Dies liegt insbesondere an zu hohen Bürgersteigen, zu holprigen Übergängen von Straßenbahngleisen und, dass die Niederflurbahn oft nur einmal pro Stunde fährt.
Es sollten deshalb die Gehwege und Straßenbahnübergänge behindertengerecht umgestaltet werden. Außerdem sollte die Niederflurbahn häufiger fahren, um auch von außerhalb die Innenstadt besuchen zu können.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Im Zuge von Baumaßnahmen wird grundsätzlich darauf geachtet, dass die Straßen barrierefrei gestaltet werden. In Einzelfällen werden Borde auch ohne weitere Baumaßnahmen abgesenkt. Grundsätzlich wird eine Kante von ca. 3 cm in der Absenkung vorgesehen, damit die Kante für sehbehinderte Personen tastbar ist. Da keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen wurden, kann keine Aussage über eine Finanzierung getroffen werden. Die Taktung von barrierefreien Stadtbahnen ist abhängig von den bei der Verkehrs GmbH zur Verfügung stehenden barrierefreien Zugkapazitäten. Durch die derzeit erfolgende Neubeschaffung von Fahrzeugen wird diese Kapazität derzeit erhöht.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

51 Prüfung aller positiv bewerteten Vorschläge des Bürgerhaushalts

Vorschlags-Nr.: 797 Bewertung: + 0,97 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Ein Bürgerhaushalt steht und fällt mit der Anzahl von guten Vorschlägen. Beim Braunschweiger Bürgerhaushalt werden die 75 am höchsten bewertesten Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Diese Zahl ist beliebig festgelegt: Es kann durchaus sein, dass mehr oder weniger als 75 Vorschläge von den Teilnehmern für gut befunden werden. Daher eine Empfehlung: Alle Vorschläge, die von der Mehrheit der Teilnehmer als "wünschenswert" bezeichnet werden, sollen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden.

Sollte es weniger als 75 gute Vorschläge geben, führt dies zu einer Entlastung der Dezenten, weil sie sich mit weniger Vorschlägen auseinander setzen müssen. Es wäre außerdem undemokratisch, Vorschläge umzusetzen, die schon bei den Bürgern keine Mehrheit gefunden haben.

Sollte es mehr als 75 gut bewertete Vorschläge geben, so führt dies evtl. zu einer Entlastung des Haushalts, da unter den Vorschlägen sich auch sinnvolle Einsparvorschläge befinden können.

Eine Umsetzung ist auch schon beim Bürgerhaushalt 2015 möglich!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Im Rahmen des Bürgerhaushaltes wird zwischen den gesamtstädtischen und den bezirklichen Vorschlägen unterschieden. Um den anfallenden Arbeitsaufwand einschätzen und gewährleisten zu können, musste trotz fehlender Erfahrungswerte über die Beteiligung am Bürgerhaushalt bei der Stadt Braunschweig im Vorfeld eine Richtlinie festgelegt werden. Aufgrund der Erfahrung des Beraters der Fa. buergerwissen wurde als angemessen erachtet, dass zum Einstieg bis zu 75 gesamtstädtische Vorschläge im weiteren Verfahren berücksichtigt werden. Der Rat der Stadt Braunschweig hat daraufhin einen entsprechenden Beschluss gefasst. Dahingegen werden alle bezirklichen Vorschläge, ob positiv oder negativ bewertet, durch die Verwaltung aufbereitet und den Stadtbezirksräten zur Entscheidung vorgelegt. Insgesamt wurden 490 gesamtstädtische Vorschläge positiv bewertet. Mithin mussten zusätzlich 415 Vorschläge bearbeitet werden.

Um die Kriterien des Bürgerhaushalts zu ändern, bedarf dies einer Beschlussfassung durch den Rat.

Über die 75 am besten bewerteten gesamtstädtischen Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2015 einschließlich des vorstehenden Vorschlags wird der Rat der Stadt erst zum Abschluss des Verfahrens im Februar 2015 entscheiden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

52 Ausbau des nordöstlichen Ringgleises

Vorschlags-Nr.: 1287 Bewertung: + 0,96 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Das nordöstliche Ringgleis HA 133 soll ausgebaut werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 61

Für Teilbereiche des nordöstlichen Ringgleises - Taubenstraße/Wohngebiet Nördliches Ringgebiet - liegt mittlerweile eine Vorplanung zur Realisierung des Ringgleisweges innerhalb des Nordparks vor. Zielstellung ist, in Abhängigkeit der dafür notwendigen Haushaltsmittel, den Ringgleisweg im genannten Bereich 2017 zu realisieren. Konkrete Kosten können nach jetzigem Planungsstand noch nicht genannt werden. Sie sind jedoch in den zum Vorschlag Nr.: 1359 (Rangfolge Nr. 1) geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 3 - 4 Mio. € enthalten.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Unterausschuss	Es wird gebeten, die Kosten für die Weiterführung des Ringgleises von der neu zu errichtenden Okerbrücke an der Uferstraße über die Hamburger Str. zunächst bis zum neuen Wohnquartier "Nördliches Ringgebiet" zu ermitteln und notwendige Planungen vorzunehmen.	11	0	0	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

53 Fahrradständer Raffteichbad errichten

Vorschlags-Nr.: 1648 Bewertung: + 0,96 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Am Raffteichbad sollen Fahrradständer aufgestellt werden, an denen die Räder mit dem Rahmen angeschlossen werden können. Begründung: Die meisten Fahrräder werden vor Schwimmbädern gestohlen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Der Stadtbad Sport und Freizeit-GmbH liegen keine Beschwerden vor, die den Ersatz der vorhandenen Fahrradständer rechtfertigen würden. Ausgehend von 50 zusätzlichen Fahrradständern, die entsprechend des Bürgerantrags ausgestaltet sind, ergeben sich unter Zugrundelegung eines Einzelpreises für den Kauf und die Montage eines Anlehnbügels von 120,00 bis 150,00 € zzgl. MwSt. Investitionskosten von 7.500 € netto.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	7.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	7.500 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

54 Wildblumeninseln schaffen

Vorschlags-Nr.: 893 Bewertung: + 0,96 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Im letzten Jahr gab es zum Beispiel entlang der Saarstraße Lehdorf oder Hamburgerstraße in den Rasenflächen punktuelle Wildblumenflächen. Das sollte weitergeführt und ausgeweitet werden. Ein wunderschöner Anblick.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 67

Eine Fortsetzung der Anlage von Blumenwiesen im Stadtgebiet ist eingeplant und soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weitergeführt werden. Die Anlage der Blumenwiesen hat im gesamten Stadtgebiet zu viel Lob aus der Bürgerschaft geführt. Da es sich um einjährige Pflanzen handelt, ist die Anlage jedes Jahr neu durchzuführen. Insgesamt wurden im Jahr 2014 ca. 3.000 Quadratmeter Blumenwiese angelegt. Die finanziellen Auswirkungen belaufen sich je 1.000 Quadratmeter auf ca. 3.300 € jährlich.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss		7	0	4	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

55 Mehr Erzieher in Kindertagesstätten einstellen

Vorschlags-Nr.: 1398 Bewertung: + 0,95 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Städtische Kindertagesstätte. Eine 20-jährige Sozialassistentin - Gott sei Dank nett und liebevoll - passt über Stunden auf 21 Kinder auf. Das ist kein Einzelfall, sondern System! Wir wünschen uns, dass der Beruf der Erzieherin durch die Bezahlung, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen so attraktiv wird, dass junge Menschen sich dafür entscheiden können. Dafür würde ich auch Gebühren bezahlen!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 51

Die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher richtet sich nach den jeweils maßgeblichen Tarifverträgen. Für die Stadt Braunschweig ist dies der TVöD, an den die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber gebunden ist. Eine Tarifvertragsbindung bzw. analoge Regelungen gelten auch für die meisten Freien Träger. Eine Anpassung der Gehälter liegt demnach in Zuständigkeit beider Tarifvertragsparteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Entsprechendes gilt für die Arbeitszeiten. Auf Basis des Tarifvertrags und unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten vor Ort sowie den Wünschen des Arbeitnehmers erfolgt eine Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Die Arbeitsbedingungen wie Gruppengröße und Personalschlüssel orientieren sich am Nds. Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Nds. KiTaG). Das Gesetz formuliert zu den genannten Punkten Mindeststandards, an denen sich die meisten Kommunen, hier auch die Stadt Braunschweig, ausrichten. Darüber hinaus wird in sozialen Brennpunkten bereits ein erhöhter Betreuungsschlüssel angewandt. Das Land beteiligt sich im Rahmen der Finanzhilfe an den Personalkosten, allerdings nur im Rahmen der Mindeststandards. Die flächendeckende Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Kindertagesstätten in Braunschweig wäre für die Stadt mit erheblichen Kosten verbunden, die durch die Wiedereinführung des Kitaentgeltes nicht gedeckt werden können. Außerdem ist fraglich, ob für eine solche Maßnahme ein tragfähiger Konsens, auch bei den betroffenen Eltern, besteht. Seitens des Landes Niedersachsen wird aktuell eine erhöhte Betreuungsdichte (3. Kraft) geprüft

Die finanziellen Auswirkungen lassen sich nicht konkret beziffern, sondern müssten im Einzelfall und abhängig von der jeweiligen Maßnahme ermittelt werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Jugendhilfeausschuss	Der JHA nimmt den Appell zustimmend zur Kenntnis und verfolgt die Thematik im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter.				
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

56 Überprüfung der Länge von Grünphasen an Fußgängerampeln

Vorschlags-Nr.: 1642 Bewertung: + 0,95 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Ich bitte um eine Überprüfung der Länge von Grünphasen an allen Braunschweiger Fußgängerampeln.
Zum Teil sind die Grünphasen so kurz, dass selbst Radfahrer bei grün nur die Hälfte der Straße schaffen, wie soll das dann Fußgängern (Senioren, Rollis und so weiter) gelingen?

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Berechnung der Steuerung ist nach den gültigen Vorschriften (Richtlinien für Lichtsignalanlagen) erfolgt.
Fußgänger müssen zügig die Fahrbahnen überqueren und können gemäß den gültigen Vorschriften innerhalb der Grünzeit bei einer mittleren Gehgeschwindigkeit die Fahrbahn zur Hälfte passieren. Anschließend laufen Sicherheitszeiten ab, in denen die Fußgänger/ Radfahrer die Fahrbahn unter Signalschutz queren können, bevor der Querverkehr einsetzt. Bei Neuplanungen werden die maximal möglichen Grünzeiten für Fußgänger/ Radfahrer geschaltet. Es ist keine Überprüfung sämtlicher Lichtsignalanlagen erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

57 Walhalla Skatehalle unterstützen

Vorschlags-Nr.: 1001 Bewertung: + 0,94 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Why-O-Land Halle (Böcklerstraße 30) des SC Walhalla e. V. soll finanziell unterstützt werden. Dies ist wichtig, um den über 300 aktiven Skatern und Bikern und anderen Rollsportlern der Stadt auch im Winter weiterhin ein Dach über dem Kopf bieten zu können.

Nachdem die Stadt gerade an anderer Stelle viel Geld für Skate-Infrastruktur investiert, wird es für diesen kleinen Sportverein mit hauptsächlich sehr jungen Mitgliedern immer schwieriger, die Halle zu finanzieren.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 67

Der Betreiber der Braunschweiger Skaterhalle "Why-O-Land", der SC Walhalla e.V., erhält gemäß den Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig für die laufende Unterhaltung der Skatehalle Why-O-Land (Böcklerstraße 30) bereits mehrjährig eine finanzielle Zuwendung seitens der Stadt. Die Fördersumme wurde durch aktuellen Ratsbeschluss über die einzelnen Förderansätze für das Jahr 2014 nochmals erhöht. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, ebenfalls im Rahmen der geltenden Sportförderrichtlinien z. B. für Sportgerätebeschaffungen und Sportanlagenbau oder -erweiterung (z. B. Skaterrampenerneuerung) eine städt. Bezuschussung zu beantragen.

Da die Förderansätze für die laufende Unterhaltung von Sportstätten jährlich neu beschlossen werden, können die finanziellen Auswirkungen für die Folgejahre noch nicht angegeben werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Sportausschuss	Zum Vorschlag, die Walhalla Skaterhalle zu unterstützen, erläuterte die Verwaltung, dass der Verein SC Walhalla e. V., der die Skaterhalle betreibt, bereits einen jährlichen Zuschuss zur Unterhaltung gemäß der Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig erhält, der sich im Jahr 2014 durch Änderungen der Bemessungsgrundlage nahezu verdoppelt hat. Darüber hinaus hat der Verein im Jahr 2013 einen Investitionskostenzuschuss erhalten. Aufgrund der bereits bestehenden Förderpraxis fasst der Ausschuss keinen Beschluss.	passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

58 Mülleimer an Spiel- und Bolzplätzen aufstellen

Vorschlags-Nr.: 1229 Bewertung: + 0,93 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Stadt soll an allen Spiel- und Bolzplätzen Mülleimer aufstellen lassen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 67

Grundsätzlich sind an allen Spiel- und Bolzplätzen ausreichend Abfallbehälter vorhanden, so dass jeder, der gewillt ist seinen Abfall in die entsprechenden Behälter zu entsorgen, die Möglichkeit dazu hat. Für das Aufstellen weiterer Abfallbehälter wären jeweils ca. 700 € sowie ca. 75 € jährlich für Leerung und Wartung in den Haushalt einzustellen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss		4	7	0	abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					

59 Häufigere Busverbindungen in die Außenbezirke schaffen

Vorschlags-Nr.: 1058 Bewertung: + 0,93 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Insbesondere als Schüler ist man durch die rudimentären Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel in die Außenbezirke von Braunschweig sowie in die nahe Braunschweig gelegenen Dörfer sehr eingeschränkt. Dies betrifft beispielsweise Groß Gleidingen, Abbenrode, Cremlingen und Sickte. Dies hat zur Folge, dass Schulwege, aber auch die Wege am Nachmittag in die Stadt extrem lang sind. Teilweise ist es auch nicht möglich Anschlussbusse zu bekommen, sodass eine sehr lange Wartezeit entsteht.

Zum Teil fahren die Linien auch am Wochenende gar nicht (vergleiche Linie 427). Es wäre schön, wenn diese auch am Sonntag verkehren. Darüber hinaus dauern Fahrten zum Teil sehr lange. Um von Hordorf nach Cremlingen zu gelangen, muss man erst in die Innenstadt und von dort aus (mit Wartezeiten) dann nach Cremlingen fahren. Es soll deshalb eine Direktverbindung geschaffen werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0200

Die Verkehrs-GmbH hält schon heute ein sehr gutes Angebot in die Umlandgemeinden vor. Auf den Linien 420 nach Wolfenbüttel, 445 nach Lengede, 450 nach Vechelde, 452 nach Cremlingen und 480 nach Groß Schwülper wird zum Teil im Halbstundentakt und bis in die späten Abendstunden gefahren. Die im Bürgerantrag genannten Relationen beziehen sich ausschließlich auf Orte in der Gebietskörperschaft Landkreis Wolfenbüttel, sodass hier der Zweckverband Großraum Braunschweig als Aufgabenträger für den ÖPNV und der Landkreis Wolfenbüttel Ansprechpartner sind. Eine Aussage zu den finanziellen Auswirkungen kann daher nicht getroffen werden.

Sollte der Vorschlag durch den Rat angenommen werden, wird der Vorschlag an den Zweckverband Großraum Braunschweig sowie dem Landkreis Wolfenbüttel weitergeleitet.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss		siehe Teil 2			

60 Grüne Welle für Radfahrer, insbesondere auf dem Ring

Vorschlags-Nr.: 954 Bewertung: + 0,93 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Insbesondere auf dem Ring aber auch an den Einfallstrassen (Salzdahlumer, Hamburger, Celler) sollten die Ampel so geschaltet werden, dass Radfahrer eine grüne Welle bekommen und nicht ständig an jeder Ampel anhalten müssen.

Weitere Beispiele sind die Ampel am HBF, wenn man Richtung Kennedy-Platz fahren möchte: Mann kann die Fahrbahn am Willy-Brandt-Platz nur zur Hälfte überqueren und muß dann wieder an einer roten Ampel anhalten. An der Hamburger Str. Richtung Innenstadt ist es noch verquerer, wenn man die A392 überqueren möchte: Teilweise darf man hier an bis zu 4 (!!!) Ampel direkt hintereinander anhalten!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Grüne Welle für Kfz. ist im Stadtgebiet nicht nur strecken- sondern auch netzbezogen berechnet. Hierdurch können Schadstoffemissionen durch Brems- und Anfahrvorgänge minimiert werden. Die parallel zum Kfz.-Verkehr geführten Radfahrer erhalten durch maximale Grünzeiten die Möglichkeit mehrere Lichtsignalanlagen nacheinander ungebremst zu passieren. Eine Koordinierung auf die Geschwindigkeit von Radfahrern ist sehr schwierig, da, anders als bei Kfz., die Geschwindigkeiten der einzelnen Radfahrer sehr unterschiedlich sind (teilweise Verdoppelung). Außerdem würden bei einer Koordinierung auf die geringere Radfahrergeschwindigkeit die parallel fahrenden Kfz. an jeder Lichtsignalanlagen zum Halten kommen mit den beschriebenen negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

61 Zebrastreifen am Büldenweg einrichten

Vorschlags-Nr.: 832 Bewertung: + 0,93 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Einen Zebrastreifen über den Büldenweg in Höhe der Straße Am Bülden / Jugendzentrum B58 zur Bushaltestelle einrichten.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Am Bienroder Weg südlich der Einmündung Am Bülden ist bereits eine Querungshilfe vorhanden. Fußgänger queren je eine Fahrspur und haben in der Fahrbahnmitte eine Aufstellfläche zur Verfügung. Die Markierung eines Zebrastreifens über die Fahrspuren und der Einbau der erforderlichen Beleuchtung an diesem Standort sind grundsätzlich möglich. Nach den Richtlinien für die Anlage von Fußgängerüberwegen müssen dazu jedoch bestimmte Verkehrsstärken an Fußgängern und Kfz vorliegen, welche im Vorfeld durch Verkehrszählungen erhoben werden müssten.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten	6.000 €					6.000 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

62 Radweg im Bürgerpark erneuern

Vorschlags-Nr.: 1171 Bewertung: + 0,93 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Der Radweg im Bürgerpark soll instand gesetzt und die Asphaltdecke erneuert werden (Eisenbütteler Straße - Marineheim). Es ist wirklich dringend notwendig, da Unfall- und Sturzgefahr bestehen und Beschädigungen am Rad regelmäßig auftreten.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Der Radweg vom Marineheim bis zur Friedrich-Kreiß-Straße wurde im Juni 2014 neu hergestellt. Der Abschnitt bis zur Eisenbütteler Straße ist in Ordnung.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

63 Mehr Freizeitgefühl schaffen durch mehr feste Bänke und Tische in Parks zum Picknicken

Vorschlags-Nr.: 925 Bewertung: + 0,92 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Es sollen mehr Sitzmöglichkeiten zum Picknicken in den Parks geschaffen werden. Die feststehenden Tische und Stühle sollen stabil sein und nicht so leicht beschädigt werden können wie die jetzigen Holzbänke.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 67

Grundsätzlich ist das Aufstellen weiterer Sitzmöglichkeiten in den Parkanlagen möglich. Eine große Problematik besteht insbesondere in Vandalismusschäden in Bereichen der Parkanlagen, die abseits von Wohnbebauungen liegen. Bänke und Tische aus europäischem Hartholz haben sich hier als am widerstandsfähigsten gegen Vandalismus erwiesen und entsprechen auch am ehesten umweltschutztechnischen Gesichtspunkten. Weiterhin ist es in historischen Parkanlagen aus gestalterischen Gründen notwendig, Holzbänke und Tische aufzustellen, die sich in die Umgebung einpassen. Diese Art der Bänke und Tische sind mit 1.200 € je Stück inklusive Aufbau auch etwas kostenintensiver als die zu verwendenden Bänke und Tische in naturnäheren Bereichen. Hier ist mit Kosten von 800 € inklusive Aufbau zu rechnen. Weiterhin ist mit entsprechenden Folgekosten von ca. 50 € jährlich für Kontrolle und Wartung je Element zu rechnen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss		4	7	0	abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					

64 Wieder Hausmeister an jeder Schule einführen

Vorschlags-Nr.: 1166 Bewertung: + 0,92 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Privatisierung der Schulgebäudebewirtschaftung rückgängig machen und wieder für jede Schule einen Hausmeister einstellen! Engagierte Hausmeister sind die Seele einer jeden Schule und ihr Geld allemal wert!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 65

Grundsätzlich hat nach wie vor jede Schule einen eigenen Hausmeister. Dies gilt auch für die neun Schulen, die sich im PPP-Projekt (Bewirtschaftung durch Hochtief) befinden. Im Vertretungsfall wird auf Fremddienstleister zurückgegriffen.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Schulausschuss	Nach folgender Ergänzung der Stellungnahme der Verwaltung beschlossen: Die Privatisierung der Schulgebäudebewirtschaftung kann aufgrund der Vertragsgestaltung nicht rückgängig gemacht werden.	0	10	6	abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					

65 LED-Straßenbeleuchtung mit Solarenergie

Vorschlags-Nr.: 1090 Bewertung: + 0,91 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die alte Straßenbeleuchtung soll gegen moderne Beleuchtung getauscht werden. Umweltfreundlich wären LED-Leuchten, die über Solarenergie betrieben werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

In der Regel wird die öffentliche Straßenbeleuchtung über das Versorgungsnetz der BS|ENERGY versorgt. Die BS|ENERGY speist sog. Umweltstrom in das Versorgungsnetz ein. Die Versorgung einzelner Leuchten über Solarstrom setzt eine Pufferung der Energie bzw. einen Speicher vor Ort voraus. Der Betrieb einer solchen Anlage ist schwer kontrollierbar. Eine Ersatzversorgung über Kabel muss in jedem Fall vorgesehen werden, um die sichere Funktion sicherzustellen. Der Einsatz solitärer Lösungen ist in Braunschweig daher nicht vorgesehen.

Es werden in der öffentlichen Straßenbeleuchtung bereits kabelgebundene LED-Leuchten eingesetzt. Der Einsatz wird kontinuierlich ausgebaut. Die Lichterketten der Weihnachtsbeleuchtung beispielsweise laufen bereits seit 2012 komplett mit LED-Technik.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bausschuss		passieren lassen			
Finanz- und Personalausschuss					

66 Braunschweig von unten - eine Unterstadtführung

Vorschlags-Nr.: 889 Bewertung: + 0,90 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Nur wenigen ist bekannt, dass die Oker unter der Braunschweiger Innenstadt in Kanälen fließt. Auch die unterirdischen Keller, Gewölbe- und Bunkeranlagen sind für interessierte Bürger kaum zugänglich. Spannend ist deswegen eine Unterstadtführung, bei der Touristen und Bürger die Untertagewelt von Braunschweig erkunden können. Dies ist eine gute Ergänzung zum den schon bestehenden Übertageführungen und rückt architektonische Meisterleistungen in den Fokus, die bisher im Dunkel der Kanäle übersehen werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): StS 0800

Die Nachfrage bei der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (kurz: SE|BS) zur Prüfung der Durchführbarkeit einer Unterstadtführung, wie im Vorschlag Nr. 889 zum Bürgerhaushalt erläutert, hat ergeben, dass aus Sicherheitsgründen keine Begehungen der Kanalisation angeboten werden können. Selbst Betriebspersonal wird nur mit vorheriger Unterweisung und strenger Einhaltung von speziellen Sicherheitsmaßnahmen der Zugang erlaubt. Zudem müssen die Mitarbeiter der SE|BS in regelmäßigen Abständen ärztlich untersucht werden, da vom Abwasser Gesundheitsgefährdungen ausgehen, z.B. Hepatitis und weitere infektiöse Erkrankungen.

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich dadurch keine.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Verwaltung wird gebeten neu zu prüfen. - Insbesondere Zugang zu Keller-, Gewölbe- und Bunkeranlagen -	10	0	0	angenommen
	Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung: Der aus dem Bürgerhaushaltsvorschlag hervorgehende Servicegedanke und Anspruch, den Gästen und Bewohnern Braunschweigs regelmäßig neue Stadt- und Freizeitangebote anzubieten, wird begrüßt. Die Gilde der Gästeführer wurde durch die Braunschweig Stadtmarketing-GmbH (BSM) über den Vorschlag „Braunschweig von unten – eine Unterstadtführung“ im November 2014 informiert. Die Möglichkeiten wurden noch einmal besprochen. Wenn es sich um öffentliche oder private interessante unterirdische Kellergewölbe, Bunkeranlagen oder historische Gewölbe handeln soll, sind diese ersteinmal zu ermitteln, dann die Eigentumsverhältnisse zu klären und auch die Bereitschaft der Eigentümer, regelmäßige Besichtigungen zuzulassen, muss recherchiert werden. Diese Informationen liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Um ein vermarktbare Angebot zu entwickeln, wäre eine intensive Recherche und Ausarbeitung eines Konzeptes unter Berücksichtigung aller - auch rechtlicher - Fragestellungen erforderlich. Für eine derartige Vertiefung des Themas sind die erforderlichen personellen Kapazitäten bei der zuständigen BSM derzeit nicht vorhanden. Perspektivisch wäre aber vorstellbar, das Thema bei ausreichenden Ressourcen in den Planungen für die Stadtführungs-Saison 2016 zu berücksichtigen.				
Finanz- und Personalausschuss					

67 Behindertengerechte Straßengestaltung bei der Planung stärker berücksichtigen

Vorschlags-Nr.: 1107 Bewertung: + 0,90 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Als eine von vielen Rollator-Nutzern bin ich froh über die Nähe zur Innenstadt, würde aber begrüßen, wenn bei der Neugestaltung von Straßen auch an uns gedacht werden würde, nicht nur an Busse und Autos. Beispielsweise bei dem Straßenstück zwischen Bankplatz und Friedrich-Wilhelm-Platz müssen wir auf das Holperpflaster ausweichen, ebenso bei den neugestalteten Tweten zwischen Görderlerstraße und Güldenstraße. Auch die Bordsteine in der Sonnenstraße / Überquerung Echterstraße sind neu, aber nicht glatt zu überwinden. - Mehrfach habe ich den gefährlichen Pfosten vor der Allianzversicherung Am Hohen Tore / Hohetorwall gemeldet, der keinem Zweck mehr dient, aber besonders bei Nebel Rad- und Rollatorfahrer, die ja nach unten gucken müssen, zum Verhängnis werden. Die Stadt soll deshalb in ihren Planungen eine behindertengerechte Straßengestaltung berücksichtigen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Im Zuge von Baumaßnahmen wird grundsätzlich darauf geachtet, dass die Straßen barrierefrei gestaltet werden. In Einzelfällen werden Borde auch ohne weitere Baumaßnahmen abgesenkt. Grundsätzlich wird eine Kante von ca. 3 cm in der Absenkung vorgesehen, damit die Kante für sehbehinderte Personen tastbar ist. Natursteinpflaster als ein in der Innenstadt häufig eingesetztes Material weist keine für Rollatorfahrer unüberwindbaren Kanten auf, ist jedoch nicht so komfortabel nutzbar wie z. B. ein Asphaltbelag. Gerade im Innenstadtbereich muss jedoch der gestalterische Aspekt bei der Straßenplanung berücksichtigt werden, so dass in vielen Fällen ein Natursteinpflaster gewählt wird. Auf längeren Strecken werden Bänderungen vorgesehen, die komfortabel nutzbar sind (z. B. Sandsteinbänderungen im Innenstadtbereich). Im Bereich der Straße Am Bruchtor, welche als Fußgängerzone ausgewiesen ist, entsprechen die Betonflächen in der Straßenmitte dieser Bänderung. Somit reduziert sich die zwingend zu nutzende Pflasterfläche.

Die Notwendigkeit des Pollers im Bereich Am Hohen Tore/Hohetorwall wird geprüft.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

68 Mehr Grünflächen mit Bäumen und Bänken schaffen

Vorschlags-Nr.: 988 Bewertung: + 0,90 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Wir wünschen uns mehr Grünflächen und Bäume mit Bänken für die Stadt. Dies ist gut für die Umwelt und verschönert das Stadtbild. Außerdem fehlen an vielen Stellen Mülleimer. Durch eine Erhöhung der Anzahl wären die Stadt und auch die Parks sauberer.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 61

Die für Grünflächen und Bäume/ Bänke in Frage kommenden Flächen befinden sich in der Regel in städtischem Besitz. Die Widmung der zumeist als Verkehrs- oder Parkfläche genutzten Flächen ist ggf. auf die geplanten Maßnahmen hin zu überprüfen.
Grünflächen wirken gestalterisch positiv und können lokal für verbesserte klimatische Situationen sorgen. Mit dem Bürgerpark oder dem Wallringbereich hat die Stadt attraktive innerstädtische Grünbereiche. Innerhalb der historischen Kernstadt mit seinem heute großstädtischen Charakter herrscht das Bild der steinernen Stadt vor, dass nur punktuell und gezielt durch Grünbereiche ergänzt werden kann. Insbesondere in der Innenstadt stehen entsprechende Flächen aufgrund des dortigen hohen Nutzungsdrucks für zusätzliche Grünflächen nur sehr begrenzt zur Verfügung. Zusätzliche Ansprüche sind daher zunächst zurückhaltend zu bewerten. Standorte für zusätzliche Bänke müssen einerseits in frequentierten Lauflagen der Innenstadt liegen, andererseits so positioniert werden, dass andere Ansprüche, insbesondere Wegebeziehungen, nicht beeinträchtigt werden. Im Rahmen der Herstellung neuer Grünflächen werden regelmäßig auch Bäume und Sitzgelegenheiten sowie Mülleimer vorgesehen. Eine Erhöhung der Zahl der Mülleimer birgt nicht zwangsläufig die Konsequenz einer saubereren Umwelt, da deren Nutzung auch stark vom persönlichen Verhalten der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt abhängt. Sie müssen in das Leerungskonzept einbezogen werden. Die Kosten für zusätzliche Grünflächen sind ohne konkrete Planung schwer quantifizierbar, da sie letztlich vom Standort und der jeweiligen Ausgestaltung abhängen. Für die Aufstellung einer Bank in Standardmaßen und -ausführung wird ein Ansatz von 2.500 € geschätzt. Sofern Grünflächen zusätzlich hergestellt werden, variieren in Abhängigkeit vom Standort, von der konkreten Größe und der Ausgestaltung die finanziellen Auswirkungen stark und erreichen leicht einen sechsstelligen Investitionsbetrag.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

69 Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Vorschlags-Nr.: 1079 Bewertung: + 0,90 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Bezahlbarer Wohnraum ist sehr begrenzt in Braunschweig. Die Stadt soll dafür sorgen, dass sich dies ändert und Wohnungen auch wieder bezahlbar sind.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 61

Eine Untersuchung der GEWOS im Auftrage der Nibelungen Wohnbau im Jahre 2013 hat ergeben, dass der überwiegende Anteil der Wohnungen in Braunschweig als preiswert einzustufen ist. Allerdings besteht gegenwärtig auch in Braunschweig ein Nachholbedarf im Mietwohnungsbau. Dies hat dazu geführt, dass die Mieten bei Abschluss neuer Mietverhältnisse in den letzten Jahren angestiegen sind. Um dem Fehlbedarf an freien Wohnungen zu begegnen, wird die Stadt Braunschweig ein umfangreiches Programm zur Ausweisung von Wohnbauland sowohl für Einfamilienhäuser als auch Geschosswohnungsbau umsetzen. Dabei werden sowohl einmalige Kosten (z.B. für Investitionen in Erschließung) als auch laufende Kosten (z.B. Planungskosten, Personalkosten..) entstehen. Diese können gegenwärtig noch nicht quantifiziert werden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

70 Mehr Carsharing fördern

Vorschlags-Nr.: 1226 Bewertung: + 0,90 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Die Stadt soll sich für mehr Carsharing einsetzen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Stadtverwaltung ist mit Carsharing-Anbietern in Kontakt und prüft derzeit unterschiedliche Standorte für die Fahrzeuge. Wo die Einrichtung entsprechender Stellplätze sinnvoll und möglich ist, wird dies veranlasst.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

71 Mehr Bänke zum Ausruhen in der Innenstadt

Vorschlags-Nr.: 1102 Bewertung: + 0,90 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In der Innenstadt sind wenig Bänke, auf denen Besucher oder Einwohner Pause machen können. Es sollen deshalb mehr Bänke zum Ausruhen in der Innenstadt positioniert werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Bei der Planung von Straßenerneuerungen in der Innenstadt wird stets berücksichtigt, dass den Fußgängern eine ausreichende Anzahl von Bänken zur Verfügung steht. Die Planungen werden den politischen Gremien vorgestellt und beschlossen. Die Straßenmöblierung ist dabei regelmäßig ein Bestandteil des Beschlusses.

Die nachträgliche Aufstellung einzelner Bänke ist natürlich grundsätzlich möglich. Da in der Innenstadt die stadtgestalterischen Belange von Bedeutung sind, sind die Standorte in enger Abstimmung mit dem Referat Stadtbild und Denkmalpflege auszuwählen.

Zu bedenken ist, dass die Bänke einer regelmäßigen Unterhaltung bedürfen.

Kosten pro Bank einschließlich Montage: 2.500 €.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					

72 ÖPNV - Gültigkeitszeitraum für Schüler-Wochenmarken ab Kaufdatum beginnen lassen

Vorschlags-Nr.: 1037 Bewertung: + 0,90 Wirkung: kostenneutral Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Schüler Wochenmarken haben eine Gültigkeitsdauer, die sich an der Kalenderwoche orientiert, in der sie gekauft wurde. Würde man am Donnerstag kaufen, wäre diese nur bis Sonntag gültig und somit nicht sinnvoll.
Vorschlag: Gültigkeit ab Kauf 1 Woche.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 40

Alle anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler in Braunschweig erhalten eine kostenlose Sammel-Schülerzeitkarte. Nur für Praktikumsfahrten werden seitens des Fachbereichs Schule Schüler-Wochenkarten ausgegeben. Die Praktika dauern in der Regel zwei bis drei Wochen und umfassen volle Wochen von Montag bis Freitag. Der bisherige Gültigkeitszeitraum entspricht somit dem Beförderungsbedarf.

Der Gültigkeitszeitraum der Schüler-Wochenkarten wird im Übrigen von der Verbundgesellschaft Region Braunschweig (VRB) festgelegt.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Schulausschuss		0	13	3	abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					

73 Freundliche Toiletten - sympathische Stadt!

Vorschlags-Nr.: 719 Bewertung: + 0,89 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In einigen Städten gibt es die "freundliche Toilette", bei der sich Gastronomen und andere Gewerbetreibende zusammengeschlossen haben und allen, also auch Nicht-Kunden, ihre Toiletten zur Verfügung stellen. Auch wenn dies zunächst fuer den einzelnen keinen direkten Vorteil/Umsatz bringt, würde dies zu einem positiven Effekt vor allem bei Touristen führen - sich willkommen fühlen, kein Rechtfertigungsdruck, und dadurch unter dem Strich mehr Lust Geld auszugeben und wiederzukommen.
Für die Aktion wird lediglich ein Aufkleber benötigt, den Unternehmen mit "freundlicher Toilette" an ihrer Eingangstür anbringen können. Das Logo sollte schön aussehen und von regionalen Künstlern/Designern gestaltet werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): StS 0800

Eine aktive Vereinigung, die auch Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Services für Besucher der Innenstadt initiiert und entwickelt, ist der Arbeitsausschuss Innenstadt Braunschweig e.V. (AAI). Der Vorstand des AAI hat sich der Idee der "netten Toilette" vor einiger Zeit angenommen und die vorgeschlagene Lösung diskutiert. Ziel war die Ausweisung der vorhandenen Kundentoiletten in Broschüren und in den Flyern des gemeinsamen "Cityservice". Der einhelligen Entscheidung - auch der großen Partner - nach wurden die Toilettenanlagen der Gewerbebetriebe nicht als Serviceangebot im Flyer "Cityservice" ausgewiesen, da die vorhandenen öffentlichen Toilettenanlagen seinerzeit als ausreichend angesehen wurden. Im Rahmen der Entwicklung des "neuen" Innenstadtquartiers "Kultviertel" wird im Vorstand des AAI aktuell über Möglichkeiten der Verbesserung der Toilettensituation in diesem Bereich, insbesondere zu den Tagesrand- und Nachtzeiten diskutiert. In diesem Rahmen wird die Verwaltung das Thema erneut ansprechen.

Finanzielle Auswirkungen: Die Kosten für einen Anschlag des Angebotes werden auf 5 TEUR für Erarbeitung eines Logos, Informationsmaterialien und begleitende Werbemaßnahmen geschätzt. Der AAI kann zu einer Übernahme des Projektes angesprochen werden, sollte er seine Einschätzung nicht ändern, sind personelle Leistungen zur Ansprache der Gastronomen und anderen Anbieter sowie zur Projektleitung extern auszuschreiben.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss		10	0	0	angenommen
	In einer Sitzung im Jan. 2015 hat der AAI den aus dem Bürgervorschlag hervorgehenden Servicegedanken und den Anspruch, den Gästen der Innenstadt ausreichend Toiletten zur Verfügung zu stellen, begrüßt. Die Umsetzung der Idee "Freundliche Toiletten" durch lokale Gewerbetreibende und Gastronomen hält er jedoch nicht für zielführend und aus wirtschaftlichen Gründen für nicht umsetzbar. Die weiteren Möglichkeiten zur Umsetzung des Vorschlags sind derzeit ungeklärt.				
Finanz- und Personalausschuss					

74 Aus Kaserne in Rautheim bezahlbare Wohnungen schaffen

Vorschlags-Nr.: 1181 Bewertung: + 0,88 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

Wir brauchen in Rautheim kein weiteres Einkaufszentrum!
Die Kaserne ist so schön im Grünen gelegen, dass man daraus eine wunderschöne Wohnanlage machen könnte, aber bitte bezahlbar und nicht nur für Betuchte.
Wie wäre es zum Beispiel mit Mehrgenerationenhäusern? So etwas fehlt in Braunschweig!

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 61

Der Vorschlag ist unter Beachtung der Eigentumsverhältnisse - die Fläche steht im Eigentum eines privaten Investors - voraussichtlich rechtlich umsetzbar. Es bedarf jedoch der Aufstellung eines Bebauungsplanes. Dieses Verfahren ist rechtlich per se ergebnisoffen.
Aus fachlicher Sicht ist zumindest in weiten Teilen eine Wohnbaunutzung vorstellbar. Bedarf an Wohnraum besteht in jedem Falle.
Ohne weitere Planungen sind die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Braunschweig nicht absehbar. Allerdings ist auch zu beachten, dass ein großer Teil des Aufwandes durch den Investor zu tragen wäre.
Es liegt ein neuer Konzept-Entwurf des privaten Eigentümers/Investors vor. Er zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass der Schwerpunkt nicht mehr auf verkehrs- und flächenintensiven Logistik- und Einzelhandelsnutzungen liegt. Stattdessen steht die Entwicklung von dringend benötigten umfangreichen Wohnbauflächen und die Herausbildung eines attraktiven Gewerbestandorts im Mittelpunkt des Vorschlags. Konkret sind im Norden des Plangebietes Flächen für hochwertige Büronutzungen und für Gastronomie sowie ein Nahversorgungszentrum geplant. Den größten Teil des Areals nimmt ein gemischtes Wohnquartier ein, das sich südlich des Gewerbestandortes bis zur Braunschweiger Straße entwickeln soll. Insgesamt sollen ca. 400 Wohneinheiten realisiert werden. Es handelt sich bei dem neuen Strukturplan jedoch um einen Entwurf im Abstimmungsverfahren. Ob preiswerter Wohnraum oder Mehrgenerationenhäuser entstehen können, muss mit dem Investor diskutiert werden. Von der Lage würde sich der Standort für beides anbieten und es wäre im Sinne der Stadt.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					

75 Verbot von "Drückerkolonnen" in der Innenstadt

Vorschlags-Nr.: 788 Bewertung: + 0,88 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)

In letzter Zeit kaufe ich nur noch ungern bei der Buchhandlung Graff ein. Dies hat jedoch nichts mit der Buchhandlung zu tun, sondern mit Drückerkolonnen, die in der Innenstadt ihre Stände betreiben. Es ist praktisch nicht mehr möglich, durch die Innenstadt zu schlendern, ohne von jungen Promotern angesprochen zu werden. In der Regel sammeln sie Geld für einen guten Zweck wie z.B. Unicef, den Red-Nose-Day oder das Otterzentrum Hankensbüttel. Das Problem ist jedoch, dass die Promoter an der Fundraising-Ständen nichts mit den gemeinnützigen Organisationen zu tun haben und viele Menschen meinen, sie würden direkt mit ihren Spenden etwas Gutes tun. Leider geht jedoch ein großer Teil der Spenden, in der Regel der erste Jahresbeitrag, an die Promotionsagentur und das wird nicht mitgeteilt. Außerdem werden die Adressen potenzieller Spender weiterverkauft und man kann sich vor Bettelbriefen v.a. um Weihnachten kaum mehr retten. Die Promoter muss man als professionelle Schnorrerbanden betrachten, die in Rhetorik und Einwandbehandlung geschult werden. Ihnen auszuweichen ist daher praktisch unmöglich. Für das Bild der Innenstadt wäre es daher angenehm, wenn aktive Promotion untersagt wird. Mit "aktiv" meine ich hier: Promo-Aktionen mit aktiver Ansprache der Passanten. Fürs Stadtmarketing entfällt so die Standgebühr, allerdings werden auch Bürger nicht mehr für vermeintlich gute Zwecke ausgenutzt.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 66

Die Verwaltung wird die Sondernutzungserlaubnisse für Promotion mit dem Ziel überprüfen, Auflagen zu erteilen, die ein aktives und aggressives Ansprechen unterbinden.

Finanzielle Auswirkungen

	2015	2016	2017	2018	2019 ff.	Gesamtkosten
Einmalige Kosten						0 €
Laufende Kosten						0 €

Gremienlauf

Gremium	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss					passieren lassen
Finanz- und Personalausschuss					